

Johannes Hürter

Nachrichten aus dem „Zweiten Krimkrieg“ (1941/42)

Werner Otto von Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amts
bei der 11. Armee

„Der erste Krimkrieg hat über ein Jahr gedauert, die Völker Europas gegen Rußland geführt und eine neue Zeit der Kriegführung eingeleitet. Der zweite Krimkrieg, ein Ausschnitt des gewaltigen Ringens gegen das Rußland von heute, hat 9 Monate in Anspruch genommen und nicht weniger Anstrengungen, kaum weniger Menschenleben gekostet als der erste.“ Mit diesen Worten begann am 6. Juli 1942 ein deutscher Diplomat seinen Bericht vom Kriegsschauplatz Krim¹. Einen Tag zuvor war der letzte Widerstand der Festungsstadt Sevastopol' gebrochen worden. Damit befand sich die geschichtsträchtige, immer begehrte und oft umkämpfte Halbinsel im Schwarzen Meer vollständig in deutscher Hand – für weniger als zwei Jahre². Der seit dem Angriff auf die sowjetische Verteidigungsstellung an der Enge von Perekop am 24. September 1941 währende, höchst wechselhafte Kampf um die Krim, der „Zweite Krimkrieg“, hatte mit diesem teuer bezahlten Erfolg einen vorläufigen Abschluss gefunden. Nach den ersten Sätzen des zitierten Berichts wäre ein Hohelied auf die siegreiche 11. Armee und ihren Oberbefehlshaber, Generaloberst Erich von Manstein, sowie überhaupt auf die Überlegenheit der deutschen und nationalsozialistischen Sache im Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu erwarten gewesen.

Doch nichts dergleichen folgte. Statt dessen kam der Autor sehr schnell zum eigentlichen Anliegen seiner „Betrachtungen“, die sich überraschend zu einer Abrechnung mit dem deutschen Vorgehen in der Sowjetunion entwickelten. Nicht den deutschen Kämpfern der Schlacht um Sevastopol' – „einer der härtesten der

¹ Bericht Hentigs (Vertreter des Auswärtigen Amts beim Armeeoberkommando 11) Nr. 350 „Betrachtungen zum Fall von Sewastopol“, 6. 7. 1942, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Berlin (künftig: PA-AA), R 60741.

² Zum Kampf um die Krim 1941/42 vgl. Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, Bonn 1955, S. 206–289; *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (künftig: DRZW), hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4: Horst Boog [u. a.], *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983, S. 536–539, 648–650 (Beitrag Klink); DRZW, Bd. 6: Horst Boog [u. a.], *Der Globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941–1943*, Stuttgart 1990, S. 845–852 (Beitrag Wegner). Beim Sturm auf Sevastopol', der am 2. 6. 1942 begonnen hatte, waren fast 25 000 deutsche und viele Zehntausende sowjetische Soldaten gefallen. 95 000 Rotarmisten gerieten in Kriegsgefangenschaft. Vgl. ebenda, S. 850 f. Die Rückeroberung der Krim durch die Rote Armee im April/Mai 1944 war dann gewissermaßen der „Dritte Krimkrieg“. Zum „Ersten Krimkrieg“ vgl. Winfried Baumgart, *The Crimean War, 1853–56*, London 1999.

Kriegsgeschichte“ – wird Anerkennung gezollt, sondern den Leistungen der sowjetischen Verteidiger, auch der Kommissare³. Wie war aber der verbissene Widerstand der Rotarmisten bis zur letzten Patrone zu erklären? Der Bericht versuchte eine Antwort zu geben: „Wir können nicht leugnen, daß wir an diesem Mut der Verzweiflung nicht ganz schuldlos sind.“ Genannt wurden die „Aufdeckung von meist allerdings wohl jüdischen Massengräbern“, die Vergeltungsmaßnahmen deutscher Soldaten nach sowjetischen Gräueln sowie die Tatsache, „daß Gefangene unmittelbar zum Minensuchen und zu Munitionstransporten in die vorderste Linie verwendet wurden“. Die Folgerung war konsequent: „Es taucht damit die Frage auf, ob ein Abweichen von den bisherigen Völkerrechtsregeln vorteilhaft und geboten ist. Einer beruft sich, wie wir dies im Feldzug gegen Rußland erlebt haben, auf die Völkerrechtswidrigkeiten des andern, um seine eigenen zu begründen. Das Ergebnis ist ein Massenschlachten, bei dem der am besten weggewinnt, der die wenigsten Gewissensbisse hat.“ Der Autor schlug vier Maßnahmen vor, um den „Kampftun“ zu bessern: 1. dürfe der Bolschewismus nicht insgesamt als „Untermenschentum“ verdammt werden; 2. müsse das Völkerrecht „aufs strengste“ eingehalten werden⁴; 3. solle „auf Verdacht hin allein niemals die beliebte einfache Lösung des Erschießens gewählt werden“; 4. sei auch den Kriegsgefangenen ärztliche Hilfe zu gewähren. Außerdem empfahl er, die Hungersnot der Bevölkerung aus Armeevorräten zu lindern⁵. Damit waren die schwerwiegendsten deutschen Verfehlungen – die Verbrechen gegen Kriegsgefangene, Juden und Partisanen, die schlechte Behandlung der Bevölkerung, die rassenideologische Hasspropaganda – unverhohlen angesprochen, und das nicht in einem privaten Papier oder einer retrospektiven Aufzeichnung, sondern in einem offiziellen Bericht eines amtlichen Vertreters des Deutschen Reiches, der mit dem Appell für eine konstruktive Besatzungspolitik schloss: „Die Mitarbeit der Krimvölker, die Mitarbeit weiter wieder zum Schöpferischen aufgerufenen Kreise Rußlands werden wir uns nur in einer Atmosphäre sichern, die nicht mehr vom Bolschewismus und den Mitteln bestimmt werden, mit denen er einst bekämpft werden mußte.“

Der Verfasser dieses ungewöhnlichen Berichts war der Gesandte Werner Otto von Hentig, der Vertreter des Auswärtigen Amts (VAA) beim Oberkommando der 11. Armee (AOK 11). Wer war dieser Mann, der anstatt des erwarteten Erfolgsberichts eine Philippika gegen die deutsche Kriegführung und Besatzungs-

³ „Daß die Leistungen ungeheuerlich waren, wird gerade von Frontsoldaten anerkannt. Wie oft habe ich nicht voll Staunen gehört: ‚Das hätte kein Franzose und kein Engländer, das hätten *wir* nicht einmal ausgehalten.‘ [...] Nur von der äußersten Front, kaum je von der deutschen Presse, ist das Draufgängertum und der in vielen Fällen unerhörte Mut nicht nur des Soldaten, sondern auch des Kommissars und Politruks anerkannt worden.“

⁴ Zugleich befürwortete Hentig zwar die sofortige Ahndung von Völkerrechtsverletzungen des Gegners, wandte sich aber gegen willkürliche Vergeltungsmaßnahmen: „In der Mehrzahl der von uns untersuchten Fälle sind aber Vergeltungsmaßnahmen an Leuten vorgenommen worden, die mit den etwa früher begangenen Schandtaten nichts zu tun hatten und meistens sogar nichts davon wußten.“

⁵ Auch dieser Vorschlag wurde mit einer Kritik an dem bisherigen Verfahren verbunden: „In Sewastopol herrscht wie überall an der Südküste und vor allem in einer zuletzt nur schlecht zu versorgenden Festung erklärlich, Hungersnot. Ich habe nicht beobachtet, daß zur Erleichterung dieses Zustandes Vorkehrungen von unserer Seite getroffen werden.“

politik nach Berlin sandte? Erklärungsbedürftig ist zunächst seine Stellung. Die Institution der „VAAs bei den AOKs“ würde in einer Rangliste der merkwürdigen und vergessenen Einrichtungen der nationalsozialistischen Außenpolitik zweifellos einen Spitzenplatz einnehmen. Schon die übergeordnete Behörde, das Auswärtige Amt, spielte in der Kriegspolitik Hitlers keine Hauptrolle, und selbst ihre Nebenrolle wurde bei allem Aufwand der Kostümierung von Akt zu Akt immer kleiner, bis sie schließlich in den letzten Kriegsjahren zur völligen Bedeutungslosigkeit absank. Diese Entwicklung mag ein Grund dafür sein, dass sich bisher kein Historiker entschließen konnte, die Geschichte dieser Behörde und ihrer Politik im Zweiten Weltkrieg zu schreiben⁶. Während des gesamten Ostfeldzugs trat das Auswärtige Amt nur hin und wieder am Rande in Erscheinung, obwohl die Besetzung des Baltikums, Weißrusslands, der Ukraine und anderer Teile der Sowjetunion vielfältige außenpolitische Fragen aufwarf. Anders als im Ersten Weltkrieg, als das Auswärtige Amt seine Kompetenz für die deutsche Ostpolitik wenigstens teilweise gegen die Ansprüche der Militärs behaupten konnte, wurde die Diplomatie nach 1941 von jeglichem Einfluss auf eine politische Neuordnung des eroberten „Ostraums“ ferngehalten.

Die Ausschaltung des Auswärtigen Amtes zeigte sich bereits bei den Planungen des „Unternehmen Barbarossa“, die an dem altherwürdigen Haus in der Wilhelmstraße vorbeiliefen. In einem Krieg, der nach dem Willen Hitlers und seiner Helfer mit einem völkerrechtswidrigen Überraschungsangriff beginnen und einer vollständigen Vernichtung des Gegners enden sollte, schienen Diplomaten nicht gebraucht zu werden. Das Auswärtige Amt sah das freilich anders und ließ sich auch durch seine Zurücksetzung nicht entmutigen⁷. In der Zentrale übernahm der Vortragende Legationsrat Wilhelm Großkopf⁸, Leiter des Referats D IX (Wirtschaftliche Volkstumsfragen und volksdeutsche Umsiedlungen) in der Abteilung Deutschland, die Koordination der neuen Ostfragen. Außerdem wurde zur Vorbereitung einer künftigen Ostpolitik ein „Russland-Gremium“ gebildet, in das dann die führenden Köpfe der deutschen Botschaft in Moskau, Botschafter Fried-

⁶ Die einschlägigen Studien zur nationalsozialistischen Außenpolitik konzentrieren sich ganz oder weitgehend auf die Vorkriegszeit. Vgl. die Standardwerke von Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt a.M. 1968; Gerard L. Weinberg, *The Foreign Policy of Hitler's Germany*, 2 Bde., London/Chicago 1970 u. 1980. Die Geschichte des Auswärtigen Amtes in der NS-Diktatur und besonders im Zweiten Weltkrieg ist noch nicht hinreichend erforscht. Paul Seabury, *The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime*, Berkeley/Los Angeles 1954, bietet nur einen Überblick, Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“*, Berlin 1987, nur den, allerdings wichtigen, Teilaspekt des Einflusses der SS auf das Auswärtige Amt. Vgl. auch Christopher R. Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York/London 1978.

⁷ Zum folgenden Dauerkonflikt des Auswärtigen Amtes mit dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete vgl. Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958, S. 52–54, 143–147; Patrik von zur Mühlen, *Zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern. Der Nationalismus der sowjetischen Orientvölker im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1971, S. 68–81.

⁸ Wilhelm Großkopf (1884–1942) war Deutschbalte, trat 1906 als Hilfsschreiber in den deutschen Auswärtigen Dienst ein, schaffte später den Aufstieg in die konsularische Laufbahn und wurde bis 1938 überwiegend in Russland bzw. der Sowjetunion verwendet, zuletzt als Generalkonsul von Kiev. – Ich danke Herrn Dr. Martin Kröger, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, für die Hilfe bei der Zusammenstellung der biographischen Daten in diesem Aufsatz.

rich Werner Graf von der Schulenburg und Botschaftsrat Gustav Hilger, einberufen wurden. Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop war fest entschlossen, die politische Entwicklung im Osten mitzugestalten und seinen Anteil am Fell des noch nicht erlegten sowjetrussischen Bären einzufordern.

Doch Hitler hatte andere Pläne. Für die Gestaltung der Politik in der besetzten Sowjetunion war keineswegs das Auswärtige Amt, sondern eine neugeschaffene Behörde vorgesehen. Der Diktator ernannte Reichsleiter Alfred Rosenberg im April 1941 zum „Beauftragten für Ostfragen“ und übertrug ihm am 17. Juli 1941 das neue Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete⁹. Der europäische Teil der Sowjetunion sollte in die vier Reichskommissariate Ostland, Ukraine, Moskau und Kaukasus – die beiden letzten wurden nie gebildet – aufgeteilt, dem Rosenberg-Ministerium unterstellt, rücksichtslos für das Großdeutsche Reich ausgeplündert und teilweise germanisiert werden. Im Rahmen der verbrecherischen „Lebensraum“-Politik war kaum mehr Platz für die traditionelle Diplomatie, da mochte sich Ribbentrop noch so sehr der Illusion hingeben, dass sein Auswärtiges Amt im Osten eine gewisse Rolle spielen könne. Großkopf entwarf einen ehrgeizigen Plan für „Dienststellen des Auswärtigen Amts“ in den vier vorgesehenen Reichskommissariaten¹⁰, über den es noch vor dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 zum Konflikt zwischen Ribbentrop und seinem alten Rivalen¹¹ Rosenberg kam. Während der Außenminister forderte, in den besetzten Ostgebieten „außenpolitisch geschulte, über unsere aktuellen Beziehungen zu den einzelnen fremden Ländern unterrichtete und landeskundige Vertreter an Ort und Stelle zu haben“, beharrte Rosenberg darauf, er könne „an Ort und Stelle auch dem Auswärtigen Amt keinen Einfluß einräumen“¹².

Schließlich einigte man sich im September 1941 doch auf „Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Reichskommissaren“, die aber ausdrücklich nur eine beratende Funktion hatten und „sich jeglicher eigenen Einflußnahme auf die Gestaltung der Reichskommissariate“ enthalten sollten¹³. Der scheinbare Kompromiss war in Wirklichkeit eine schwere Niederlage für die Wilhelmstraße. Doch besaß Ribbentrop noch eine, wenn auch kleine Hintertür, an Rosenberg vorbei Vertreter seiner Behörde in den Osten zu entsenden. Bereits vor dem Westfeldzug hatte er mit der militärischen Führung vereinbart, jedem Armeeoberkommando einen „Vertreter des Auswärtigen Amts mit einem Gehilfen, einer Schreibkraft und

⁹ Vgl. Dallin, *Herrschaft*, passim; DRZW, Bd. 5/1: Bernhard R. Kroener [u.a.], *Organisation und Mobilisierung des Deutschen Machtbereichs*, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988, S. 85–95 (Beitrag Umbreit).

¹⁰ Vorlage Großkopfs „Stellenbesetzungen für den Fall einer erweiterten Aktion nach Osten“, Berlin 4. 6. 1941, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), MA 1563, NG-4633.

¹¹ Rosenberg galt lange als außenpolitischer Berater Hitlers und versuchte bereits seit April 1933, dem Auswärtigen Amt mit dem von ihm geleiteten Außenpolitischen Amt der NSDAP Konkurrenz zu machen.

¹² Ribbentrop an Lammers (Chef der Reichskanzlei), 13. 6. 1941, in: IfZ-Archiv, MA 1563, NG-1691; Aufzeichnung Großkopfs über eine Unterredung mit Rosenberg am 19. 6. 1941, in: PA-AA, R 105192.

¹³ Staatssekretär von Weizsäcker an den ständigen Vertreter Rosenbergs, Gauleiter Meyer, Berlin 4. 9. 1941, mit der Regelung und Instruktion für die VAAs bei den Reichskommissaren als Anlage, in: IfZ-Archiv, MA 1563, NG-1797. Vgl. auch das Schreiben Rosenbergs an die Reichskommissare Ostland und Ukraine, 8. 10. 1941, in: Ebenda.

einem Pkw mit Fahrer“ zuzuteilen¹⁴. Die VAAs wurden formal aus dem Auswärtigen Dienst beurlaubt und zum Wehrdienst einberufen, unterstanden aber in der „Durchführung ihrer besonderen Aufgaben“ ausschließlich dem Auswärtigen Amt. Diese „besonderen Aufgaben“ waren freilich sehr begrenzt. Die Dienst-anweisung vom 10. April 1940 schränkte sie ganz auf das „Erfassen des für die Auslandspropaganda geeigneten Materials“, die „Betreuung ausländischer Berichterstatte“, die „Beratung des Armee-Oberkommandos bei Maßnahmen der aktiven Feindpropaganda“ sowie die „laufende Unterrichtung des Armee-Oberkommandos über die außenpolitische Lage“ ein. Wichtiger als die beratenden und materialsammelnden Aufgaben war, dass das Auswärtige Amt bei den höchsten Frontkommandobehörden eigene Beobachter institutionalisieren konnte.

An dieser Einrichtung vermochte auch Rosenberg zunächst nicht zu rütteln. Die diplomatischen Vertreter, die den Ostfeldzug in den Armeeoberkommandos begleiteten, waren außerhalb seines Kompetenzbereichs. Er nahm dies hin, weil allgemein ein schneller Sieg und eine räumlich wie zeitlich nur sehr begrenzte Militärverwaltung erwartet wurde. Das erwies sich als Illusion. Je länger der Krieg gegen die Sowjetunion dauerte, desto weiter rückte die Übergabe des riesigen Operationsgebiets der Wehrmacht an die Zivilverwaltung in die Ferne. Daher blieben die VAAs der Kontrolle des Ostministeriums entzogen. Auch wenn sie nur geringfügige Kompetenzen besaßen, so war Rosenberg allein die Existenz von Diplomaten, die dem Auswärtigen Amt selbständig aus dem Osten berichten konnten, ein Dorn im Auge. Sein Misstrauen wuchs noch, als sich das Russland-Gremium im Frühjahr 1942 um neuen Einfluss auf die Ostpolitik bemühte und die Zusammenarbeit mit nichtrussischen Separatisten suchte. Rosenberg beschwerte sich – obwohl er die Position der Wilhelmstraße zur Nationalitätenfrage weitgehend teilte! – am 8. Mai 1942 bei Hitler, der über den Versuch einer eigenständigen Nationalitätenpolitik höchst verärgert war und befahl, „dem AA dienstlich mitzuteilen, dass es sofort seine gesamte Tätigkeit im Osten aufzugeben hätte“¹⁵. Als Konsequenz dieser Entscheidung verlangte Rosenberg die Auflösung aller Einrichtungen des Auswärtigen Amts, die seine Kreise zu stören drohten: des Russland-Gremiums, des Sonderkommandos Künsberg¹⁶ und auch der Vertretungen bei den Armeeoberkommandos¹⁷. Am 28. Juli 1942 unterzeichnete

¹⁴ Dienst-anweisung für die Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Armee-Oberkommandos, Berlin 10. 4. 1940, unterzeichnet von Unterstaatssekretär Habicht (AA) und Generalleutnant Keitel (Chef des Heerespersonalamts im OKH), in: PA-AA, R 60765. Zur Institution der VAAs vgl. auch – mit Schwerpunkt auf ihre Propagandatätigkeit – Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 148–154.

¹⁵ Vermerk Rosenbergs über eine Unterredung mit Hitler am 8. 5. 1942, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945–1. Oktober 1946, Bd. 27, Nürnberg 1948, S. 283–294, hier S. 289.

¹⁶ Dieses vom Legationssekretär und SS-Sonderführer Eberhard Freiherr von Künsberg geführte Sonderkommando des AA hatte den Auftrag, außenpolitisch relevantes Archiv- und Bibliotheksmaterial zu beschlagnahmen, und entwickelte sich zu einem Instrument des deutschen Kulturgut- und Kulturgutraub. Am 1. 8. 1942 wurde es vollständig der Waffen-SS eingegliedert und konnte daher seine Tätigkeit noch bis zum Juli 1943 fortsetzen. Vgl. Ulrike Hartung, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997; Anja Heuß, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000.

¹⁷ Rosenberg an Lammers, 11. 7. 1942, in: IfZ-Archiv, MA 1663, NG-1690. Er hielt diese Institution

Hitler den Erlass, der die vorbereitenden Maßnahmen „zur politischen Führung und Gestaltung“ der sowjetischen Gebiete, die unter deutsche Verwaltung oder „Oberhoheit“ kommen sollten, allein dem Rosenberg-Ministerium zugestand¹⁸. Anschließend wurde die Beschäftigung des Auswärtigen Amts mit Ostfragen so gut wie eingestellt¹⁹, so dass die Berichte aus den Armeeoberkommandos kaum mehr Adressaten hatten. Das Zurückziehen aller VAAs bis Ende März 1943 war eine zwangsläufige Folge dieser vollständigen Entmachtung.

Der Triumph Rosenbergs konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass weder das zunehmend an Einfluss verlierende Ostministerium noch das bereits weitgehend einflusslose Auswärtige Amt die Verhältnisse im Osten wirklich mitgestalten konnten. Im Kompetenzgewirr der nationalsozialistischen Besatzungspolitik in der Sowjetunion spielten die Wehrmacht, der SS- und Polizeiapparat, die verschiedenen Wirtschaftsbehörden und auch die beiden Reichskommissare, die sich schnell von Rosenberg emanzipierten, eine ungleich wichtigere Rolle als diese Ministerien, unter denen das Auswärtige Amt aber das weit schwächere war – eine *Quantité négligeable*. Die Ostexperten in der Wilhelmstraße entwarfen ihre Pläne nur für die Schublade und den Papierkorb. Entsprechend folgenlos blieb das Wirken der VAAs an der Ostfront. Die Oberbefehlshaber der Armeen mögen sich hin und wieder an der Gesellschaft eines Diplomaten in ihrem Hauptquartier erfreut haben, so recht klar wird ihnen der Nutzen der Herren aus dem Auswärtigen Amt kaum gewesen sein. Ihre Mithilfe bei der Propaganda war genauso entbehrlich wie ihre außenpolitische Beratung, und ihre fleißige Berichterstattung nach Berlin landete schließlich im Nichts – oder besser gesagt in die erwähnten Ablagen der nicht minder einflusslosen Russlandspezialisten in der Zentrale²⁰.

Dennoch sind die VAA-Berichte eine zwar nicht spektakuläre, doch interessante neue Quelle zum deutsch-sowjetischen Krieg. Dass sie in der Forschung bisher unbeachtet blieben, hängt wohl mit ihrer Überlieferungsgeschichte zusammen. Die Berichterstattung ging an ein Referat der Informationsabteilung, die im April 1943 aufgelöst und teilweise von der Kulturpolitischen Abteilung übernommen wurde. Während in die oft durchforsteten und ausgewerteten Akten der Politischen Abteilung lediglich eine begrenzte Auswahl gelangte²¹,

„jetzt in keiner Weise mehr für gerechtfertigt“ und forderte, „dass die Vertreter des AA. bei allen AOK. an der Ostfront zurückgezogen werden“.

¹⁸ Anordnung Hitlers, 28. 7. 1942, in: „Führer-Erlasse“ 1939–1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, zusammengestellt u. eingel. v. Martin Moll, Stuttgart 1997, S. 270f. Vgl. auch Lammers an Ribbentrop, Berlin 12. 7. 1942, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP), Serie E, Bd. 3, Göttingen 1974, S. 138f.

¹⁹ Aufzeichnung Schulenburgs, Berlin 27. 7. 1942, in: Ebenda, S. 230–232, hier S. 230: In Durchführung der Entscheidung Hitlers werde „das Auswärtige Amt seine Tätigkeit hinsichtlich des europäischen Teils der Sowjetunion und des Kaukasusgebiets einstellen und diese Arbeitsgebiete auf das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete überleiten“. Das Russland-Gremium wurde überflüssig, und im Oktober 1942 verstarb mit Großkopf der eigentliche Motor der ostpolitischen Planungen im AA.

²⁰ Die Berichte liefen bei Legationsrat Josias von Rantzau (1903–1950) zusammen, der als Referatsleiter der Informationsabteilung (Inf. II, später Inf. VAA) die VAAs bei den AOKs betreute. Sie wurden dann in der Regel an Großkopf, meist auch an Schulenburg und Hilger, selten an die Führungsebene des Hauses weitergeleitet.

²¹ Vgl. vor allem PA-AA, R 105186 (Allgemeine Akten: Sowjetpropaganda, Lage an der Ostfront

schlummerten die meisten Berichte seither im – lange schlecht erschlossenen und wissenschaftlich vernachlässigten – kulturpolitischen Bestand²². Diese Dokumente bieten eine bemerkenswerte Ergänzung zu den umfangreichen Hinterlassenschaften der militärischen, polizeilichen und wirtschaftlichen Dienststellen, handelte es sich doch bei den Vertretern des Auswärtigen Amts überwiegend um diplomatisch, außenpolitisch und völkerrechtlich gut geschulte Männer, die im Gegensatz zu den häufig überlasteten Offizieren und Beamten wichtigerer Behörden über genügend Zeit verfügten, die Vorgänge im Osten genau zu beobachten und zu beurteilen.

Die Qualität der Berichte war natürlich ganz vom persönlichen Profil des jeweiligen VAA abhängig. Sieben der insgesamt fünfzehn „Frontberichtersteller“ des Auswärtigen Amts bei den östlichen Armeeoberkommandos²³ waren relativ junge Karrierediplomaten im Rang von Legationssekretären oder Legationsräten, die auf eine gute Laufbahn hofften und dieses Ziel später im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik überwiegend auch erreichten²⁴. Die Verwendung im Osten barg für diesen Typus von Beamten einige Fallstricke, denn der rassenideologische Raub-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion war von vornherein ein solch eklatanter Bruch des internationalen Völker- und Kriegsrechts, dass jeder klassisch ausgebildete Diplomat nur andauernd vor den außenpolitischen Folgen der von ihm beobachteten Rechtsverletzungen warnen konnte. Zugleich war aber ungewiss, ob eine Kritik an der deutschen Kriegführung und Besatzungspolitik im Auswärtigen Amt, geschweige denn in der Partei und anderswo als opportun galt. Der Ruf, ein lästiger Mahner zu sein, konnte den hoffnungsvollsten Beamten leicht ins Abseits stellen. Es lag also nahe, zurückhaltend zu agieren und die Karriere durch das Intermezzo an der Ostfront nicht unnötig zu gefährden. Diese Vorsicht ist in der Berichterstattung der jüngeren Diplomaten deutlich zu spüren. Dagegen konnten die sechs Quereinsteiger in den VAA-

etc.) und R 105192 (Berichte der Vertreter AA beim OKW und bei AOK's) des Referats XIII (Russland) der Politischen Abteilung. Aus diesen Akten wurden auch drei VAA-Berichte in die ADAP aufgenommen (Serie E, Bd. 1, Göttingen 1969, S. 221–224; Bd. 2, Göttingen 1972, S. 15, 105–107). Außerdem finden sich einige VAA-Berichte in den Akten der AOKs, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA).

²² PA-AA, Akten der Kulturpolitischen Abteilung, R 60701–60771: Berichte der Vertreter des Auswärtigen Amts bei den Armeeoberkommandos. Allein Buchbender, Erz, hat diesen Bestand für sein Spezialthema ausgewertet.

²³ Am Ostfeldzug beteiligten sich bis Anfang 1943 die 2., 4., 6., 9., 11., 16., 17., 18. Armee, die Armee Norwegen sowie die (erst im Herbst und Winter 1941/42 aus den Panzergruppen gebildeten) vier Panzerarmeen. Da der 3. Panzerarmee offenbar kein VAA zugeteilt wurde, bestanden zwölf VAA-Stellen an der Ostfront. In den Heeresgruppenkommandos waren keine VAAs. Durch einen OKH-Erlass, Berlin 13. 2. 1942, in: PA-AA, R 60765, wurde die Dienstanweisung für die VAAs bei den AOKs um den Zusatz ergänzt, dass ihnen Gelegenheit gegeben werden sollte, „mit dem jeweils zuständigen Heeresgruppenkommando Verbindung aufzunehmen“.

²⁴ Legationsrat I. Kl. Walter Hellenthal (1896–1969), 1939–September 1941 VAA beim AOK 6, später Botschafter der BRD in Beirut; Legationssekretär Wilhelm Lehmann (*1908), 1942/43 VAA beim Pz.AOK 1; Legationsrat Ernst Ostermann von Roth (1908–1979), 1942/43 VAA beim Pz.AOK 2, später Botschafter in Bogotá; Legationsrat I. Kl. Karl Georg Pfeleiderer (1899–1957), 1941–1943 VAA beim AOK 17, später MdR (FDP) und Botschafter in Belgrad; Legationsrat Josef Schlemann (1895–1968), April–August 1941 VAA beim AOK 9; Legationsrat I. Kl. Conrad von Schubert (1901–1973), September 1941–Dezember 1942 VAA beim AOK 6, später Botschafter in Addis Abeba; Legationssekretär Reinhold Freiherr von Ungern-Sternberg (1908–1991), 1941/42 VAA beim AOK 18, später Botschafter in Teheran und Brüssel.

Dienst²⁵ auf diese Art von Karrieredenken verzichten, waren aber als bewährte Parteigänger des Nationalsozialismus und Nichtdiplomaten wohl auch unempfindlicher gegenüber Verstößen gegen Recht und Moral im „Ostraum“. Lediglich zwei VAAs hatten zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges als Gesandte bereits eine lange Karriere im Auswärtigen Dienst hinter sich, gehörten also nach Rang und Alter zur konservativen Elite der Wilhelmstraße. Der eine war nur wenige Wochen bei einem Armeeoberkommando²⁶, der andere aber, eben jener Gesandte von Hentig, schrieb die bei weitem interessantesten, kritischsten und am wenigsten angepassten Berichte aller Vertreter des Auswärtigen Amtes im Osten.

Auch wenn es individuelle Unterschiede gab, lassen sich bei der Durchsicht der VAA-Überlieferung gemeinsame Tendenzen und Entwicklungen feststellen. Wie bei vielen anderen militärischen und nichtmilitärischen Dienststellen, die in diesem beispiellosen Feldzug nicht in fernen Führungsbunkern, sondern vor Ort eingesetzt waren, vollzog sich auch bei den außenpolitischen Beobachtern schon im ersten, richtungsweisenden Halbjahr ein Umschwung von Euphorie zu Ernüchterung, von Bedenkenlosigkeit zu Nachdenklichkeit. Sowohl die jüngeren Karriere-diplomaten als auch die parteigebundenen Gelegenheitsdiplomaten ließen sich in den ersten Wochen von der Brutalität und dem Erfolgsrausch der ersten Schlachten gegen den bolschewistischen Erzfeind mitreißen. Zum Zweck des erhofften Blitzsieges über einen außergewöhnlichen Feind schienen außergewöhnliche Mittel notwendig zu sein²⁷, so dass politische, rechtliche und moralische Bedenken zurücktraten. Selbst offensichtliche Verbrechen wie der Mord an den Kommissaren der Roten Armee²⁸ und die Massaker an der jüdischen Bevölkerung²⁹ wurden

²⁵ „Legationsrat“ Anton Graf Bossi-Fedrigotti (1901–1990), 1941–1943 VAA beim AOK 2, Publizist, Südtiroler Aktivist und NSDAP-Mitglied seit 1933 (Landesleiter in Österreich); „Generalkonsul“ Alfred Frauenfeld (1898–1977), 1940–1943 VAA beim AOK 16, NSDAP seit 1929, Gauleiter von Wien, seit September 1941 Generalkommissar der Krim und nur noch sporadisch beim AOK 16; Regierungsrat Heinrich von zur Mühlen (*1908), 1942/43 VAA beim Pz.AOK 4, Hochschullehrer (Geopolitik), NSDAP seit 1932, 1940–1942 Leiter des Geographischen Dienstes im AA; „Generalkonsul“ Franz Schattenfroh (*1898), 1940–1943 VAA beim AOK 4, NSDAP seit 1922, Landesrat für Wien; Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Werner Schütt (*1911), Mai 1942–1943 VAA beim AOK 9, NSDAP seit 1931; Legationssekretär (April 1942 Legationsrat) Gerhard Todenhöfer (*1913), 1941–1943 VAA beim AOK Norwegen bzw. Lappland, Jurist, NSDAP seit 1930. Dass sie profilierte „PGs“ waren, wird der wesentliche Grund für ihren Seiteneinstieg in den Auswärtigen Dienst gewesen sein, besonders bei den drei österreichischen Aktivisten. Mit Ausnahme Schlemanns waren freilich auch die in der vorigen Anm. genannten Diplomaten – wenn auch erst nach der „Machtergreifung“ – Mitglieder der NSDAP. Ernst Ostermann von Roth, später der erste persönliche Referent von Staatssekretär Hallstein, war 1933 auch der SS beigetreten. Vgl. Hans-Jürgen Döscher, *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität*, Berlin 1995, S. 102 f.

²⁶ Gesandter I. Kl. Reinhold von Saucken (1899–1966), Juli 1941 VAA beim AOK 11. Saucken war vor dem Krieg Generalkonsul in Memel und dann an der Botschaft in Moskau mit der Interessenabgrenzung im besetzten Polen beschäftigt.

²⁷ Vgl. Schlemann (VAA beim AOK 9) an Rantzau, 27. 6. 1941, in: PA-AA, R 60760: „Nach meinen ersten Eindrücken glaube ich, dass der Krieg gegen Russland schneller zum Erfolg führen wird, als vorgesehen, dass aber dieser Krieg von unserer Seite unerhört grausam geführt werden muss, wenn wir den russ. Methoden der Kriegführung richtig parieren wollen.“

²⁸ Vgl. ebenda: „Die Frage der politischen Kommissare findet eine gründliche Erledigung. Alle festgenommenen pol. Kommissare werden sofort erschossen. Sie sind durch besondere Armbinden äußerlich als solche erkenntlich. In Zweifelsfällen gibt es genügend Angeber unter den Gefangenen, die das Ausfindigmachen erleichtern.“

²⁹ Vgl. die Telegramme Pfeleiderers (VAA beim AOK 17) aus Lemberg, in: PA-AA, R 60751. 1. 7. 1941: „Jetzt scharfes Einschreiten der Bevölkerung gegen die Juden.“ 5. 7. 1941 (Nr. 6): „Die Ju-

ohne Kritik registriert. Bei solch stillschweigender Akzeptanz der rassenideologischen Maßnahmen wundert es nicht, dass sich in den Berichten aus dieser Frühphase häufig auch die üblichen rassistischen Stereotypen gegen Slawen, Juden und „Asiaten“ finden³⁰. Die großen Erfolge der deutschen Armeen unterdrückten die Skrupel, zumal sie den VAAs in Aussicht stellten, sehr bald wieder aus den „barbarischen“ Verhältnissen im „Ostraum“ herauszukommen und in die verfeinerte Welt der Diplomatie zurückzukehren.

Doch als die Blitzkriegsträume zerstoßen und sich eine lange Dauer des Ostfeldzugs wie der Militärverwaltung in den besetzten Gebieten abzeichnete, begannen auch die Vertreter des Auswärtigen Amts umzudenken und – oft in Übereinstimmung mit den Armeeoberkommandos – eine konstruktive Besatzungspolitik vorzuschlagen, die den nichtjüdischen und nichtkommunistischen Teil der sowjetischen Bevölkerung vom Nutzen einer Kollaboration überzeuge³¹. Zugleich gerieten die Maßnahmen in die Kritik, die diese Politik behinderten, vor allem die Unterversorgung der Kriegsgefangenen und Zivilisten mit den notwendigsten Lebensmitteln. So bezeichnete es ein VAA als „für die deutsche Wehrmacht beschämend, wenn unter deren Augen die Gefangenen sterben wie die Fliegen“, und warnte eindringlich vor den negativen propagandistischen Folgen³². Nach der Winterkrise von 1941/42 mehrten sich die mahnenden Berichte. Der diplomatische Vertreter bei der 6. Armee sah die im Vergleich zu den ersten Monaten schlechte Stimmung der ukrainischen Bevölkerung in der katastrophalen Ernährungslage sowie der mangelnden kulturellen und politischen Perspektive begründet³³. Inzwischen sei „selbst dem letzten Bauer klar, dass der Deutsche nicht als selbstloser Befreier ins Land kam, sondern neben der Niederringung der bolschewistischen Gefahr sehr reale Ziele verfolgte. Leider haben auch manche Äusserungen und Massnahmen zudem den Eindruck aufkommen lassen, dass der Ukraine nur die Bedeutung eines kolonial auszubeutenden Gebietes zukomme, dass keine Rücksicht auf die Existenz der Bevölkerung genommen werden könne und dass der Hungertod oder die Vernichtung von Millionen keine Rolle spiele.“ Auch andere kritisierten, mehr oder weniger verdeckt, die von Hitler gewollte Verskla-

den, die etwa 38% der Bevölkerung Lembergs ausmachen, sind durch das deutsche Vorgehen bereits schwer getroffen.“ 5. 7. 1941 (Nr. 7): „SS-Formationen haben inzwischen die deutschen Sühnemassnahmen vollstreckt.“

³⁰ Bericht Bossi-Fedrigottis (VAA beim AOK 2), 24. 7. 1941, in: PA-AA, R 60704: Man habe „als zivilisierter Mitteleuropäer Sorgen, wenn man daran denkt, unter welchen Umständen dieses Volk lebt und sich wie die Karnickel trotzdem vermehrt“. Bericht Pfeleiderers (VAA beim AOK 17), 29. 7. 1941, in: PA-AA, R 60751: „Vom Standpunkt der Rasse und der Gesundheit erweckt die ukrainische Bevölkerung in den bisher besetzten Gebieten, etwa zwischen Tarnopol und Gaisin den Eindruck des Verkümmerten und Entarteten.“

³¹ Ein ungewöhnlich frühes Beispiel ist die Denkschrift Schattenfrohs (VAA beim AOK 4) für Generalfeldmarschall Kluge „Behandlung und Stimmung der Bevölkerung in Minsk und im Allgemeinen notwendige Maßnahmen“, 7. 7. 1941, in: PA-AA, R 60759, die abschließend forderte: „Gerechte u. gutmütige Behandlung der Bevölkerung, d.h. selbstverständlich der nichtjüdischen und nichtkommunistischen. Vermittlung des Gefühls einer positiven Mitbestimmung, Mitarbeit u. eines Orientiertseins.“

³² Bericht Bossi-Fedrigottis (VAA beim AOK 2), 9. 12. 1941, in: ADAP, Serie E, Bd. 1, S. 221–224, hier S. 223. Vgl. S. 224: „Auch auf die Stimmung der Bevölkerung würde ein Verschwinden der Hungerlager nur positiv wirken.“ Dieser Bericht wurde von Armeeoberbefehlshaber General Rudolf Schmidt gelesen und gebilligt.

³³ Bericht Schuberts (VAA beim AOK 6), 26. 3. 1942, in: PA-AA, R 60763.

vungs- und Ausbeutungspolitik im Osten³⁴. Die meisten VAAs befürworteten nun einen maßvolleren Kurs, um die Bevölkerung durch begrenzte Zugeständnisse auf die deutsche Seite zu ziehen und gegen einen Feind zu mobilisieren, der allein durch die Wehrmacht nicht zu überwinden war.

Die Vertreter des Auswärtigen Amts formulierten ihre Kritik an den Verhältnissen in der besetzten Sowjetunion aber in der Regel eher vorsichtig. Nur in wenigen Ausnahmefällen sprachen sie die NS- und Kriegsverbrechen direkt an. Die Scheu vor persönlichen Nachteilen hemmte die Feder und ließ vermutlich manche Beobachtung nur im vertraulichen Gespräch nach Berlin gelangen³⁵. Allein Hentig wollte sich solchen Rücksichten nicht unterwerfen und fand daher häufiger deutliche Worte als die übrigen jüngeren oder parteigebundenen VAAs. An seiner Berichterstattung lassen sich die Möglichkeiten und Grenzen der VAA-Tätigkeit an der Ostfront exemplarisch aufzeigen.

Werner Otto von Hentig (1886–1984) war der dienstälteste und profilierteste Diplomat bei den Armeeoberkommandos. Der promovierte Jurist aus gutem Hause – sein Vater war sächsisch-coburg-gothaischer Staatsminister – gehörte bereits seit Ende 1911 dem Auswärtigen Dienst an³⁶. Obwohl ein zünftiger Diplomat alter Schule, verlief seine Karriere, die erst zwischen 1952 und 1954 mit dem Botschafterposten in Djakarta ihren Abschluss fand, alles andere als geradlinig. Hentig war eine der schillerndsten Gestalten in der deutschen Diplomatie der ersten Jahrhunderthälfte, zugleich aber auch eine der eigenwilligsten und erfolglossten. Selbst seine Freunde erkannten an ihm „eine gewisse Neigung, immer dagegen zu sein“, einen „nimmermüden Nonkonformismus“, der ihm viele Feinde gemacht habe³⁷. Seine Laufbahn wurde entschieden dadurch behindert, dass er sich immer wieder mit seinen Vorgesetzten überwarf³⁸ und kaltgestellt oder auf

³⁴ Vgl. etwa Pfeleiderers (VAA beim AOK 17) „Aufzeichnung über politische und propagandistische Maßnahmen im Operationsgebiet“, 4. 4. 1942, in: PA-AA, R 60752, die von Oberbefehlshaber Hoth gelesen wurde, aber nicht ans AA ging: „Um von den besetzten Gebieten aus eine propagandistische Wirkung auf die Rote Armee und das Sowjetgebiet zu erzielen, sollte die Ernährung der Bevölkerung, wenn auch in bescheidenen Grenzen, sichergestellt sein.“ Aufzeichnung Schütts (VAA beim AOK 9) „Gedanken über den Einsatz politischer Mittel im Kriege gegen die Sowjet-Union“, Ende 1942, in: PA-AA, R 60765: „In dem von mir beobachteten Frontbereich herrscht die Ansicht vor, dass allein mit den jetzt zur Verfügung stehenden eigenen militärischen Kräften keine Eroberung des sowjetischen Raumes und keine Brechung des sowjetischen Widerstandes zu erreichen ist. [...] Die anderthalb Jahre Russlandkrieg haben gezeigt, dass die politischen Massnahmen wie z. B. die negativen Propagandaparenen über die Vernichtung des Bolschewismus, die anfängliche Erschiessung der Kommissare und Politruks, die Behandlung der russischen Gefangenen im letzten Winter, die zögernde und bürokratische Handhabung der Agrarordnung u. a. bisher zu keinem durchschlagenden Erfolg geführt haben.“

³⁵ Vgl. Schubert (VAA beim AOK 6) an Rantzau, 28. 4. 1942, in: PA-AA, R 60764, nach einer Reise nach Charkov und Fühlungnahme mit dem SD: „Auch der Charkower Aufenthalt hat wieder gezeigt, dass es manche Dinge gibt, die ich vor dem Vormarsch noch gerne mündlich in Berlin besprochen hätte.“

³⁶ Zu Leben und Karriere Hentigs vgl. Werner Otto von Hentig, *Mein Leben eine Dienstreise*, Göttingen 1962; Werner Otto von Hentig, *Zeugnisse und Selbstzeugnisse*, hrsg. v. Hans Wolfram von Hentig, Ebenhausen 1971. Nachlasssteile finden sich im PA-AA sowie im IfZ-Archiv (ED 113).

³⁷ Marion Gräfin Dönhoff, Immer „im Dienst“ – und „meist dagegen“. Otto von Hentig, in: dies., *Menschen, die wissen, worum es geht*, Hamburg 1976, S. 223–234, hier S. 234.

³⁸ So z. B. mit dem deutschen Gesandten in Peking und späteren Staatssekretär Paul von Hintze, dem Hentig in zahlreichen dienstlichen und öffentlichen Beschuldigungen mangelnde Unterstützung seiner Reise durch China vorwarf. Vgl. Paul von Hintze, *Marineoffizier, Diplomat, Staatssekretär*.

zweitrangige Außenstellen abgeschoben wurde³⁹. Doch obwohl ihm ein gewichtiges Wort im Auswärtigen Amt verwehrt blieb, zählte er zu den wenigen Diplomaten, die über die Wilhelmstraße hinaus bekannt, ja berühmt waren. Sein Ruf rührte von dem größten Abenteuer seines Lebens, einer atemberaubenden Durchquerung Asiens mitten im Ersten Weltkrieg⁴⁰. Das Auswärtige Amt hatte den jungen Legationssekretär und Reserveoffizier im April 1915, sozusagen als deutschen Lawrence von Arabien, auf den Weg geschickt, den afghanischen Emir Habib Ullah Chan gegen die Briten in Indien aufzuwiegeln. Hentig erreichte zwar nach großen Strapazen Kabul, blieb aber ohne Erfolg und musste sich auf wilden Pfaden nach China durchschlagen. Als er Ende 1916 Hankau erreichte, hatte er ohne technische Hilfsmittel Tausende Kilometer Wüste und Gebirge bezwungen. Seither hing ihm der Ruhm eines großen Abenteurers an.

Und seither galt Hentig als einer der besten Kenner des Nahen und Mittleren Ostens. Als man den unbequemen und von den Nationalsozialisten beargwöhnten Gesandten, der anders als viele seiner erfolgreichen Kollegen zu keiner Zeit der NSDAP oder einer ihrer Organisationen angehörte, nicht länger im Ausland beschäftigen wollte, wurde ihm im Juli 1937 die Leitung des kleinen Orientreferats (Pol. VII) in der Politischen Abteilung der Zentrale übertragen. Nach dem Feldzug gegen Polen wurde der Freund der Türken und Araber für Sonderaufträge zur Anbahnung der teilweise phantastischen deutschen Pläne im Vorderen Orient freigestellt. Dabei rückte neben der arabischen Welt vor allem wieder Afghanistan ins Blickfeld. Wie im Ersten Weltkrieg wollte das Auswärtige Amt den deutschen Einfluss in Kabul zu einer Waffe gegen die britische Position im persisch-indischen Raum schmieden und Hentig mit dieser wohl unlösbaren Aufgabe betrauen⁴¹. Noch im Juni 1941 war er als Gesandter in Kabul vorgesehen⁴², doch der Angriff auf die Sowjetunion beraubte dem Unternehmen seiner wesentlichen und gerade auch von Hentig geforderten Grundlage: der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit.

Statt ein zweites Mal nach Afghanistan reiste Hentig Anfang September 1941 nach Nikolaev in der Südukraine, dem Hauptquartier der 11. Armee⁴³. Der Vertreter des Auswärtigen Amts, Gesandter Reinhold von Saucken, hatte einen schweren Unfall und musste ersetzt werden. Für Hentig sprachen gleich mehrere Gründe. Der Major d.R. erfüllte die militärische Voraussetzung, um als Offizier zur Armee kommandiert zu werden. Der Gesandte besaß den diplomatischen

Dokumente einer Karriere zwischen Militär und Politik, 1903–1918, eingel. u. hrsg. v. Johannes Hürter, München 1998, S. 66.

³⁹ Die Leitung der Generalkonsulate in Posen, San Francisco und Amsterdam sowie der Gesandtschaft in Bogotá war zu wenig für einen ehrgeizigen Beamten, der noch in der Kaiserzeit die diplomatische Laufbahn eingeschlagen hatte. Bezeichnend ist auch, dass Hentig dreimal (1926, 1932, 1936) in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

⁴⁰ Vgl. Werner Otto von Hentig, *Meine Diplomatenfahrt ins Verschlussene Land*, Berlin/Wien 1918 (und zahlreiche Neuauflagen); Hentig, *Leben*, S. 91–199. Vgl. auch Renate Vogel, *Die Persien- und Afghanistanexpedition Oskar Ritter von Niedermayers 1915–1916*, Osnabrück 1976.

⁴¹ Vgl. Hentig, *Leben*, S. 330f., 334f. Vgl. auch Johannes Glasneck/Inge Kircheisen, *Türkei und Afghanistan – Brennpunkte der Orientpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin [Ost] 1968.

⁴² Vgl. noch die Instruktion Ribbentrops „für den neuernannten Gesandten Dr. von Hentig für Kabul“, 29. 6. 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. 13/1, Göttingen 1970, S. 42f.

⁴³ Hentig nahm dort am 3. 9. 1941 seinen Dienst auf. Vgl. Hentig an Rantzau, 6. 9. 1941, in: PA-AA, R 60737.

Rang, der dem Auswärtigen Amt für diese nach seiner Einschätzung wichtigste VAA-Stelle angemessen schien. Und der Orientexperte verfügte über die notwendigen Kenntnisse über die komplizierten Probleme im alten euro-asiatischen Grenzgebiet rund um das Schwarze Meer. Die 11. Armee war die südliche Flügelarmee des deutschen Ostheeres⁴⁴. Sie sollte gemeinsam mit den ihr unterstellten rumänischen Verbänden durch Bessarabien in die Südukraine vorstoßen, die Krim erobern und dann eventuell im kaukasischen Raum verwendet werden. Durch den Feldzug dieser Armee wurden also sowohl die Beziehungen zum Bundesgenossen Rumänien als auch diejenigen zur neutralen Türkei nachhaltig berührt. Die rumänischen Ambitionen im nordwestlichen Schwarzmeergebiet waren dabei ebenso zu berücksichtigen wie das türkische Interesse für die Tataren und Turkvölker auf der Krim, im Kaukasus und überhaupt in der Sowjetunion. Die Besatzungspolitik war hier viel weniger isoliert als etwa in Weißrussland und konnte direkte außenpolitische Folgen haben. Daher wurde dem Armeeoberkommando 11 ein Diplomat beigegeben, der deutlich ranghöher und erfahrener war als die übrigen VAAs.

Es ist ungewiss, ob sich Hentig auf diesen kriegserischen Außenposten abgeschoben fühlte oder seine neue Tätigkeit als interessante Aufgabe betrachtete⁴⁵, jedenfalls nahm er sofort eine ambitionierte und kritische Berichterstattung auf. Als er dem Auswärtigen Amt Material über die bolschewistische Herrschaft in Bessarabien liefern sollte, überraschte er mit dem Hinweis auf die „propagandistische Unauswertbarkeit der Tatsachen“, verwies auf die Einschätzung, „dass in dem einen Jahr bolschewistischer Herrschaft mehr für Bessarabien geschehen sei als in 20 Jahren rumänischer“, und kritisierte das Vorgehen des rumänischen Bündnispartners in den eroberten Gebieten⁴⁶. Von der ukrainischen Bevölkerung zeichnete Hentig ein positives Bild⁴⁷ und verband das von vornherein mit der Forderung nach einer Besatzungspolitik, die den Zivilisten Brot und eine politische wie kulturelle Perspektive geben müsse⁴⁸. Entsprechend befürwortete er eine gute Behandlung und den sinnvollen Einsatz der Kriegsgefangenen, während er die deutsche Propaganda gegen die „Untermenschen“ für völlig verfehlt hielt⁴⁹: „Bei den

⁴⁴ Zum militärischen Verlauf des Ostkriegs bis Anfang 1943 vgl. DRZW, Bd. 4, S. 451–652 (Beitrag Klink); DRZW, Bd. 6, S. 761–1102 (Beitrag Wegner).

⁴⁵ In seinen Erinnerungen hat er der VAA-Zeit nur wenig Raum und Bedeutung beigemessen. Vgl. Hentig, *Leben*, S. 349–359. Als seine Aufgaben bezeichnete er ebenda, S. 349: „Ein VAA hatte den Oberbefehlshaber politisch zu unterrichten, zu beraten, dafür zu sorgen, daß Völkerrechtsbrüche festgestellt und das Amt an allen im militärischen Bereich sich ergebenden völkerrechtlichen und politischen Fragen, z. B. die Behandlung der Minderheiten und Fremdvölker, maßgebend beteiligt wurde.“

⁴⁶ Bericht Hentigs Nr. 63 „Material über bolschewistische Herrschaft in Bessarabien und Bukowina“, 14. 9. 1941, in: PA-AA, R 60737. „In der Brandschatzung sind sie [die Rumänen] wie alle schwergeprüften und ausgeplünderten Völker unübertrefflich.“

⁴⁷ Vgl. etwa seinen Bericht Nr. 71, 21. 9. 1941, in: Ebenda, mit der Schlussbemerkung: Schon „erwachsen lang unterdrückte Bedürfnisse, die aus der zermürbten, müden Masse allmählich wieder Menschen mit eigenem Schicksal machen.“

⁴⁸ Bericht Nr. 67 „Grundsätzliches zur Propaganda in der Ukraine“, 16. 9. 1941, in: Ebenda: „Den Ukrainer bewegen heute zwei Fragen: 1) Wie ernähre ich mich heute und im kommenden Jahr? 2.) Wie wird es mit der Gestaltung des politischen und geistlichen Lebens im Lande?“ Hentig zeigte deshalb besonders großes Unverständnis dafür, dass die Wehrmacht die Religiosität der Bevölkerung nicht fördern wollte.

⁴⁹ Bericht Nr. 83, 12. 10. 1941, in: Ebenda. „Wird ein solcher Gefangener, dessen wildstruppiges Gesicht und tief niedergeschlagene Miene ihn abstoßend erscheinen liessen, freundlich behandelt, kann er die nötigen Massnahmen zur Weckung seines Selbst- und Menschenbewusstseins treffen,

Grossaufnahmen sind mongolische, uns fremde Typen, bevorzugt und aus einer für die betreffenden Leute unvorteilhaften Lage heraus wiedergegeben worden. Zehn Tage unrasiert und nicht gewaschen, nach den beschwerendsten seelischen Eindrücken, sehen die meisten Menschen nicht vorteilhaft aus.“

Über die Kriegsgefangenenfrage konnte Hentig auch auf sein bevorzugtes Thema zu sprechen kommen: ein mögliches Bündnis mit den „Turkotataren“, den über 30 Millionen Muslimen in der Sowjetunion. Dass „der Tatare“ von der Propaganda „als besonders blutrünstig“ hingestellt wurde, „was er zweifellos nicht ist“, war für ihn ein „großer Mißgriff“⁵⁰. Als die 11. Armee „an der Tür der Krim“ stand und sich auf diesem Weg auch dem Kaukasus näherte, stellte Hentig immer dringlicher die Frage nach „unserer Haltung gegenüber den Krimtataren und den kaukasischen Volksgruppen“⁵¹. Diese Völker wollten wissen, „ob sie für die Deutschen, die Türken, ihre eigene Freiheit und Zukunft kämpfen, oder doch schliesslich Opfer der Engländer oder gar der Bolschewisten werden“. Hentig hielt es für unbedingt notwendig, die Bevölkerung des Kaukasus frühzeitig durch deutliche propagandistische Signale zu gewinnen. „Ein Kaukasus ohne Öl ist für uns im wesentlichen wertlos. Die Naturreichtümer des Landes vor Zerstörung schützen kann aber, wenn überhaupt, nur ein enges und gründlich vorbereitetes Arbeitsbündnis mit der Bevölkerung.“

Wenige Tage später beklagte Hentig seine Unkenntnis „der wesentlichen Absichten und Linien unserer Politik, z. B. bezüglich der künftigen Gestaltung der besetzten und noch zu erobernden Gebiete“⁵². Hier zeigten sich Ehrgeiz und Ohnmacht eines Diplomaten alter Schule. Der Siegeszug der Wehrmacht eröffnete gerade in der Schwarzmeer- und Kaukasusregion die Chance, an die 1918 gescheiterten⁵³ Randstaaten- und Bündnispläne der kaiserlichen Außenpolitik anzuknüpfen. Keiner erkannte das besser als der Orientexperte Hentig. Doch der politische Kurs in den besetzten Ostgebieten wurde nicht durch die konservativen Fachleute der Wilhelmstraße bestimmt, sondern stand unter dem Diktat kurzfristiger Bedürfnisse der Wehrmacht sowie mittel- und langfristiger Eroberungs- und Versklavungsvisionen Hitlers und seiner Statthalter. Ein nationalkonservativer Diplomat wie Hentig, der gegen eine deutsche Vormacht im Osten nichts einzuwenden hatte, diese aber durch echte Zugeständnisse an die verschiedenen Nationalitäten verwirklichen und sichern wollte, befand sich auf verlorenem Posten. Die alten Vorstellungen und Methoden der Wilhelminischen Ära drangen nicht mehr durch.

Aus jener vergangenen Epoche, in der Hentig verwurzelt war, kam auch die Idee des Turanismus. Die Jungtürken um Enver Pascha hatten im Ersten Welt-

sich ausschlafen, waschen, rasieren, seine Kleider notdürftig in Ordnung bringen, so wird er auf einmal ein ganz anderer Mensch, bei dem wir unmittelbar gewinnende und liebenswürdige Eigenschaften feststellen können.“

⁵⁰ Ebenda.

⁵¹ Bericht Nr. 86, 15. 10. 1941, in: Ebenda.

⁵² Bericht Nr. 90, 21. 10. 1941, in: Ebenda. Es sei „nicht möglich, aussermilitärische Kräfte innerhalb der von uns eroberten oder zu erobernden Bevölkerungsgruppen für uns einzusetzen, wenn unsere Absichten verschwiegen werden“.

⁵³ Vgl. Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München/Wien 1966.

krieg dem phantastischen Plan angehängen, alle Turkvölker zwischen dem Schwarzen Meer und Mittelasien unter türkischer Führung in einem Großreich „Turan“ zu vereinen. Das Auswärtige Amt unterstützte die Turanisten zeitweise in der Hoffnung, dadurch den russischen „Koloß“ destabilisieren zu können. Diese Ideologie und ihre abgespeckte Version, der Panturkismus, der sich auf die Krim und den Kaukasus konzentrierte, wurde zwischen den Kriegen vom klein-türkischen Realismus Kemal Atatürks unterdrückt. Durch den deutschen Vormarsch lebten diese Ideen 1941 wieder auf, sowohl in türkischen Kreisen als auch im Auswärtigen Amt⁵⁴. Der deutsche Botschafter in Ankara, Franz von Papen, hoffte auf eine engere Verbindung mit der Türkei und förderte im Herbst 1941 den Besuch Nuri Paschas, des Bruders von Enver Pascha, und zweier bekannt pantürkischer Generäle in Deutschland. Die beiden Generäle reisten zunächst an die Krimfront, wo Hentig sie betreute, und interessierten sich besonders für die turkstämmigen sowjetischen Kriegsgefangenen⁵⁵. Ende Oktober wurde Hentig „zur Betreuung Nuri Paschas und zur Bearbeitung der panturanischen Frage“ von der 11. Armee nach Berlin zurückgerufen⁵⁶.

Der protürkische und promuslimische Gesandte machte sich sofort zum Fürsprecher der turanischen Bewegung und brach in der „Zeitschrift für Politik“ auch öffentlich eine Lanze für die als „minderwertig“ stigmatisierten Tataren⁵⁷. „Mit unseren Armeen sind wir an die Welt der Tataren herangerückt“, stellte Hentig fest und verknüpfte diese Tatsache mit der Frage, die „in allen Herzen der Osttürken oder Tataren, wie wir sie schon einmal nennen wollen“, laut werde: „Was wird aus mir, was wird aus meinem Volk?“ Der Autor verwies auf eine mögliche Antwort: „Dort drüben in Rußland suchte man das alte *Turan*. Sollte es sich jetzt verwirklichen lassen?“ Hentig bezog sich in seinem Plädoyer für eine Vereinigung der Turkvölker keineswegs nur auf die Krim und den Kaukasus, sondern auch auf die „Tatarei“ von der Wolga über Turkestan bis zur Mongolei. Solche hochfliegenden Pläne konnten jedoch zunächst nur im Kleinen verfolgt werden, denn bisher befanden sich lediglich die Krimtataren als erste turkstämmige Volksgruppe im deutschen Einflussgebiet. Hentig wollte auf der Krim ein Zeichen setzen, das die tatarischen und türkischen Nationalisten auf die deutsche Seite zog. Er forderte eine „beispielhafte Behandlung“ der Tataren und so bald wie möglich eine Unabhängigkeitserklärung für die Krim⁵⁸. Auf sein Betreiben konnten im Dezember

⁵⁴ Vgl. Dallin, Herrschaft, S. 238–287; Lothar Kreckler, Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1964, S. 205–222; Mühlen, Hakenkreuz, passim; Sebastian Cwiklinski, Wolgatataren im Deutschland des Zweiten Weltkriegs. Deutsche Ostpolitik und tatarischer Nationalismus, Berlin 2002, S. 17–20 und passim.

⁵⁵ Vgl. Hentig, Leben, S. 351 f. Der wichtigere von ihnen, General a.D. Hüsnü Emir Erkilet, war tatarischer Herkunft und galt als ein Wortführer des wiederbelebten Turanismus.

⁵⁶ Aufzeichnung Woermanns (Leiter der Politischen Abteilung), Berlin 28. 10. 1941, in: ADAP, Serie D, Bd. 13/2, Göttingen 1970, S. 578 f. Vgl. auch die Aufzeichnung Rintelens, Sonderzug Westfalen 16. 10. 1941, in: Ebenda, S. 530 f.: „Entsprechend dem Vorschlag der Politischen Abteilung ist der Herr RAM [Ribbentrop] damit einverstanden, daß Herr von Hentig sich als Sonderauftrag mit der sogen. Panturanischen Bewegung befaßt.“ Hentig traf am 29. 10. 1941 in Berlin ein.

⁵⁷ Werner Otto von Hentig, Turan – Tatarei, in: Zeitschrift für Politik 32 (1942), Heft 3 (März), S. 185–188, die folgenden Zitate ebenda, S. 187 f.

⁵⁸ Denkschrift Hentigs „Stand der sog. Turanischen Frage“, Berlin 25. 2. 1942, in: IfZ-Archiv, Nachlass Hentig, ED 113/6: „Sie würde begierig von den sämtlichen Turkvölkern der Sowjetunion aufgegriffen, uns die Eroberung des Kaukasus erleichtern, den Weg in den Iran bereiten und als erstes

1941 zwei krimtatarische Exilpolitiker nach Berlin reisen, um dort für eine tatarische Selbstverwaltung zu arbeiten⁵⁹. Die zaghaften Aktivitäten des Auswärtigen Amts zugunsten muslimischer Separatisten wurden vom Ostministerium beargwöhnt und behindert. Rosenberg stand der turanischen Bewegung lange skeptisch gegenüber und wollte im Kaukasus auf die Georgier anstatt auf die Turkvölker setzen. Hitler und die nationalsozialistischen „Großraumplaner“ sahen in der Krim ohnehin ein reines Kolonisationsobjekt, ein blühendes und sonniges „Gotenland“, das für die vorgesehenen deutschen Siedler aus Transnistrien und Südtirol vollständig von den ansässigen Russen, Ukrainern, Juden und auch Tataren „freigemacht“ werden sollte⁶⁰.

Alle noch so kühnen Visionen wurden sehr bald von der rauen Wirklichkeit deutscher Kriegführung und Besatzungspolitik überdeckt. Hentig hatte die Ostfront Ende Oktober 1941 verlassen, als die 11. Armee die Türschwelle zur Krim gerade überschritten hatte, und kehrte Anfang April 1942 auf die fast vollständig eroberte Halbinsel zurück. Inzwischen hatte sich ein rücksichtsloses Besatzungsregime der Wehrmacht sowie der SS- und Polizeikräfte etabliert. Die Krim sollte zwar als Generalkommissariat – mit dem bereits ernannten Generalkommissar Alfred Frauenfeld an der Spitze – bald unter Zivilverwaltung kommen, blieb aber tatsächlich bis zum Ende der deutschen Besatzung nahezu ganz unter Militärverwaltung⁶¹. Der Oberbefehlshaber der 11. Armee, Generaloberst von Manstein, hatte seinen Truppen am 20. November 1941 die Richtung der Besatzungspolitik vorgegeben⁶²: Selbstversorgung der Wehrmacht „weitgehendst aus dem Lande“ und auf Kosten besonders der städtischen Bevölkerung, die hungern müsse, „schärfste Maßnahmen“ gegen jede Form der „Sabotage“, „harte Sühne am Judentum“, zugleich aber – das wirkte am Ende des Befehls wie der Versuch einer

Anzeichen, ja Beweis, dafür gewertet werden, daß wir für die Freiheit der Völker des Ostens gegen England und seine bisherigen Methoden einzutreten gewillt sind.“

⁵⁹ Die beiden tatarischen Nationalisten waren Müstecip Ülküsal und Edige Kirimal, der in seiner Studie: *Der nationale Kampf der Krimtürken mit besonderer Berücksichtigung der Jahre 1917–1918*, Emsdetten 1952, S. 303–322, auch auf die krimtatarischen Bestrebungen im Zweiten Weltkrieg eingeht. Zur Tätigkeit dieser beiden krimtatarischen Repräsentanten vgl. Mühlen, Hakenkreuz, S. 119f., 123–125.

⁶⁰ Vgl. Dallin, *Herrschaft*, S. 265–269. Sevastopol’ sollte in Theoderichhafen, Simferopol’ in Gotenburg umbenannt werden. Im Ersten Weltkrieg hatte bereits Ludendorff von einer deutschen Kolonisierung der geostrategisch und klimatisch so attraktiven Halbinsel geträumt. Vgl. Winfried Baumgart, Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 529–538.

⁶¹ Lediglich das Vorgelände der Krim kam am 1. 9. 1942 als Generalkommissariat Taurien unter die Verwaltung Frauenfelds. Vgl. Alfred E. Frauenfeld, *Und trage keine Reu’*. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni 1978, S. 215–274; Dallin, *Herrschaft*, S. 276–278. Zur deutschen Besatzungspolitik auf der Krim vgl. die veraltete Arbeit von Martin Luther, *Die Krim unter deutscher Besatzung im zweiten Weltkrieg*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 3 (1956), S. 28–98, sowie die knappen Hinweise bei Dallin, *Herrschaft*, S. 271–276. – Nachtrag: Vgl. inzwischen Manfred Oldenburg, *Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942*, Köln/Wien 2004; Norbert Kunz, *Die Krim unter deutscher Herrschaft 1941–1944. Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität*, Darmstadt 2005.

⁶² *Armeebefehl Mansteins* (AOK 11, Ic/AO, Nr. 2379/41 geh.), 20. 11. 1941, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hrsg.), *„Unternehmen Barbarossa“*. Der Deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 343f., in Anknüpfung an den berüchtigten Befehl Generalfeldmarschall von Reichenau *„Verhalten der Truppe im Ostraum“*, 10. 10. 1941, in: Ebenda, S. 339f.

Quadratur des Kreises – „gerechte Behandlung aller nichtbolschewistischen Teile der Bevölkerung“. Der brutale militärische Pragmatismus brachte Hunger und Elend über die etwa eine Million Einwohner der Krim, von denen fast die Hälfte Russen, ungefähr ein Fünftel Tataren und die übrigen vor allem Ukrainer, Juden, Griechen, Bulgaren und Armenier waren – die Deutschen hatte die sowjetische Polizei deportiert⁶³. Der auf der Krim verbliebene jüdische Bevölkerungsteil wurde im Herbst und Winter 1941/42 von der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD mit Wissen und unter Mithilfe der 11. Armee ermordet⁶⁴. Die Krimtataren dagegen erhielten einige Privilegien, vor allem eine begrenzte religiös-kulturelle und administrative Selbstverwaltung sowie ein zentrales „Mohammedanisches Komitee“⁶⁵. Seit dem 18. Januar 1942 wurden krimtatarische Hilfstuppen aufgestellt und gegen die Partisanen eingesetzt⁶⁶. Die Zugeständnisse erfüllten jedoch kaum die Autonomiewünsche der tatarischen Nationalisten, so dass selbst diese Bevölkerungsgruppe enttäuscht wurde.

Hentig war über diese Art von Besatzungspolitik entsetzt und brachte das sofort nach seiner Rückkehr unverhohlen zum Ausdruck. Seine bittere Bestandsaufnahme vom 7. April 1942 konstatierte eine „absolute und allgemeine Krise der Propaganda“, da „den deutschen Erklärungen einfach nicht mehr geglaubt wird. Zu viele Tatsachen sprechen dagegen.“⁶⁷ Hentig nannte die schlechte Behandlung der Kriegsgefangenen „auch schon auf dem Marsch“ und ihre stummen Zeugen, die „Leichen der am Wege liegen gebliebenen Nichtmarschfähigen“, sowie „die allenthalben ganz ausserordentlich dürrtigen, ja schlechte Nahrungsmittelversorgung der Zivilbevölkerung“. Die Krim sei bereits von Hungersnot und Wirtschaftselend gezeichnet, maßgeblich gefördert durch den Vandalismus der deutschen Soldaten⁶⁸. „Naturgemäss verstärkt der Anblick des Wirtschaftstodes, wo vorher, wenn auch nicht gerade blühendes Leben herrschte, die allgemeine Hoffnungslosigkeit umso mehr als doch bald ½ Jahr Gelegenheit gegeben hätte, unsere vielfachen Erklärungen in dieser Hinsicht wahrzunehmen.“ Außerdem scheute sich Hentig nicht, das heikle Thema der Repressalmaßnahmen und Massen-

⁶³ Nach amtlichen Erhebungen von 1939 zählte die Bevölkerung der Krim insgesamt 1 126 429 Menschen: 558 481 Russen (49,6%), 218 879 Tataren (19,4%), 154 123 Ukrainer (13,7%), 65 452 Juden (5,8%), 51 299 Deutsche (4,6%), 20 652 Griechen (1,8%), 15 344 Bulgaren (1,4%), 12 923 Armenier (1,1%), 29 672 Sonstige (2,6%). Mitte 1942 wurde geschätzt, dass die Bevölkerung durch die Kriegseinwirkungen auf etwa 900 000 zurückgegangen sei. Vgl. die Angaben Sturmbannführers Braune (Einsatzgruppe D) in der Besprechung des Oberquartiermeisters der 11. Armee, Oberst i.G. Hauck, mit mehreren Sachbearbeitern über „Umsiedlung der Krimbevölkerung“, 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/424.

⁶⁴ Vgl. Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 203–205; Andrej Angrick, Die Einsatzgruppe D, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 88–110, hier S. 101 f. Insgesamt wurden ca. 29 000 Juden auf der Krim ermordet, unter ihnen etwa 6 000 Krimtschaken, eine jüdisch-tatarische Minderheit. Das größte Massaker ereignete sich vom 13.–15. 12. 1941 in Simferopol' (ca. 10 000–12 000 Opfer).

⁶⁵ Vgl. Mühlen, Hakenkreuz, S. 184–187.

⁶⁶ Vgl. Joachim Hoffmann, Die Ostlegionen 1941–1943. Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg 1976, S. 39–50.

⁶⁷ Bericht Hentigs Nr. 276 „Krise der Propaganda“, 7. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739.

⁶⁸ „Dass der deutsche Soldat überall, wo er hinkommt, Sauberkeit und Ordnung mit sich brächte, lesen wir wohl bei manchen Kriegsberichtern, entspricht aber in dieser Allgemeinheit keineswegs den Erfahrungen.“

erschießungen anzusprechen: „Sehr schlecht haben auch die unterschiedslosen Erschiessungen – so in Eupatoria⁶⁹ – gewirkt, wo 1200 Zivilpersonen, vorwiegend Eisenbahner, die für die Armee aufopfernd tätig gewesen waren, als Gegenmassnahme gegen die dort von den Bolschewisten begangenen Greuel erschossen wurden, ohne auf ihre Bitten und die von militärischen Stellen gegebenen Zeugnisse zu achten.“ Um solch furchtbaren Eindrücken entgegenzuwirken, forderte der VAA eine „Propaganda der Tat“: Erschiessungen sollten „nur im Rahmen des Kriegsrechtes und durch die Truppe wenn nötig erfolgen“, die Kriegsgefangenen gut behandelt werden und Wirtschaftsmaßnahmen für die Bevölkerung „weitherzig geplant mit allen kleinen und grossen Mitteln an Ort und Stelle, aber auch von Deutschland aus, durchgeführt werden“. Außerdem müsse den „freundwilligen Fremdvölkern“, aber auch den Russen eine „klare Antwort“ auf die Frage gegeben werden: „Was wollt Ihr mit uns machen? Wie ist die künftige Stellung unseres Landes, wie sollen wir mitarbeiten?“

Der Abrechnung mit der bisherigen Besatzungspolitik legte Hentig ein Begleitschreiben an den zuständigen Referenten im Auswärtigen Amt bei, in denen er sich rechtfertigte, dass gleich sein erster Bericht eine Tendenz habe, die geeignet sei, „uns brotlos zu machen“⁷⁰. Sein Bericht sei aber „in vielem sogar abgeschwächt vorsichtig gefasst“⁷¹. Hentig wurde nun noch deutlicher und führte als weiteres, schrecklichstes Beispiel den Judenmord an: „Wenn ich den Fall der Erschiessungen von Eupatoria angeführt habe, so ist das nur einer von vielen. Über die Folgen der Judenerschiesungen, die allein hier in Simferopol 12000 betrugten, bin ich dabei gar nicht eingegangen. Die Wirkungen einer solchen Schlächtereie beschränken sich ja keineswegs auf die Opfer selbst; sie berühren einmal die gesamte Bevölkerung des besetzten Gebietes, weil natürlich keiner für möglich gehalten hat, dass wir Frauen und Kinder töten. Sie berühren aber auch die Moral der Truppen und weiterhin auch unsere wirtschaftliche Stellung. Von den Wirkungen im weiteren Ausland natürlich vollkommen abgesehen.“⁷² Dass sich Hentig bereits unmittelbar nach einer Abwesenheit von über fünf Monaten, in denen der Holocaust auf der Krim vollzogen wurde, bestens über die Ausmaße und Einzelheiten dieses Massenverbrechens informiert zeigte, belegt einmal mehr die völlige Unglaubwürdigkeit der späteren Beteuerungen Mansteins und seines Generalstabschefs Wöhler, sie hätten von den Mordaktionen der Einsatzgruppe D und namentlich auch vom großen Massaker in Simferopol nichts gewusst⁷³. Keinem An-

⁶⁹ In Eupatoria war am 5. 1. 1942 ein sowjetisches Landungsunternehmen von Teilen der Bevölkerung unterstützt worden. Bei der von Manstein befohlenen Vergeltungsaktion hatte die Wehrmacht gemeinsam mit der Sicherheitspolizei und dem SD 1184 männliche Zivilisten willkürlich ausgewählt und erschossen. Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 266 f.

⁷⁰ Hentig an Rantzau, 8. 4. 1942, in: PA-AA, R 60739. „Die frischen Eindrücke eines Unbefangenen, in diese Arbeit wieder Hineinkommenden, waren aber so zwingend, dass ich ihnen Worte leihen musste.“

⁷¹ „Sie können sich kaum vorstellen, wie es wirkt, wenn wir aufgefordert werden, über Kannibalismus zu berichten, wo nach dem Hörensagen wenigstens solche Fälle unter den russischen Kriegsgefangenen in unserer Obhut, vollkommen sich selbst und ihrem Todesschicksal überlassen, vorgekommen sein sollen.“

⁷² „Durch die Judenmordungen in Nikolajew sind beispielsweise – wie übrigens auch hier in der Stadt und damit auch unserer Heeresverwaltung – sämtliche Handwerker entzogen worden.“

⁷³ Vgl. Krausnick/Wilhelm, Truppe, S. 226 f., 271–273.

gehörigen des Armeoberkommandos wird die erschütternde Tatsache entgangen sein, die Hentig am 27. April 1942 nach Berlin meldete⁷⁴: „Die Juden sind vollständig vernichtet.“ Der VAA befand sich im Stab Mansteins und besprach mit dem Oberbefehlshaber auch politische Fragen. Vermutlich galt gerade für das Thema Judenmord das, was Hentig in seinen Erinnerungen über diese Unterredungen berichtete⁷⁵: „Herr v. Manstein hörte sich alles an; wenn es aber zu dem Punkte kam, wo er selbst hätte Stellung nehmen oder mich verhaften lassen müssen, vertagte er die Fortsetzung des Gesprächs.“

Doch auch das Auswärtige Amt reagierte abwehrend auf die alarmierenden Berichte Hentigs. Der Koordinator der ostpolitischen Fragen, Vortragender Legationsrat Großkopf, versuchte mit dem Hinweis abzuwehren, die auf der Krim „besonders unerfreulichen Verhältnisse“ hätten „naturgemäß auf die Beurteilung [Hentigs] eingewirkt“⁷⁶. Außerdem gestand er die geringen Möglichkeiten der Wilhelmstraße an der Ostfront ein: „Auf die von Hentig vorgeschlagene Propaganda der Tat haben wir leider keinen Einfluß, weil die angeregten Maßnahmen das rückwärtige Heeresgebiet betreffen und von der Wehrmacht abhängen.“ Das Dilemma des VAA-Dienstes war damit ausgesprochen. Selbst ein noch so kompetenter und eigenständiger Diplomat war und blieb der einflusslose Vertreter einer einflusslosen Behörde, ein Berichterstatter, dessen Nachrichten in einem kleinen Zirkel kursierten und nichts bewirkten. Dennoch ließ Hentig nicht nach, scharfe Kritik an den Missständen auf der Krim zu üben und sich beredt für eine bessere Besatzungspolitik einzusetzen.

Dabei geriet die turanische Frage in den Hintergrund. Zwar betonte Hentig weiterhin die große „Werbewirkung“, die eine bevorzugte Behandlung der Krimtataren auf den Kaukasus „und darüber hinaus für unser Verhältnis zur Türkei, der arabischen und iranischen, ja indischen Bewegung“ habe⁷⁷, doch erkannte er stärker als zuvor, dass sich eine positive Krimpolitik nicht auf diese Minderheit beschränken dürfe. Hentig versuchte andere konservative Diplomaten auf seine Seite zu ziehen und grenzte sich dabei deutlich von den nationalsozialistischen „Lebensraum“-Plänen ab⁷⁸: „Siedlungsabsichten, Aussiedlungspläne in großem Maßstab, ja selbst die zu stark betonten ‚Kraft durch Freude‘-Absichten halte ich für nicht nur verfehlt, sondern recht gefährlich.“ Er selbst beschrieb ohne Unterlass in den düstersten Farben, welches Elend die deutschen Besatzer über die Zivilbevölkerung nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Land brachten. Der Bauer habe fast jede Hoffnung verloren. „Man hat ihm den Rest seiner Vorräte genommen, sein Vieh weggetrieben, die Hühner vom Hof geholt, mit seinen Staketenzäunen und Dachbalken eingeheizt und in vielen Fällen nicht einmal das

⁷⁴ Bericht Hentigs Nr. 297, 27. 4. 1942, in: PA-AA, R 60740.

⁷⁵ Hentig, *Leben*, S. 356.

⁷⁶ Großkopf an Rantzau, o.D. (April 1942), in: PA-AA, R 60739.

⁷⁷ Bericht Hentigs Nr. 281 „Tataren auf der Krim“, 10. 4. 1942, in: Ebenda.

⁷⁸ Hentig an Papen, Mai 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2: „Jeder ruhige Beurteiler der Sachlage ist sich darüber klar, daß wir hier wie anderwärts in Rußland werden in möglichst großem Umfange auf die Mitwirkung der Bevölkerung zurückgreifen müssen. [...] Da diese Gedanken aber nicht eindringlich genug Berlin vor Augen geführt werden können, würde ich es für sehr gut halten, wenn Sie sie von Ihrem Standpunkt aus nochmals aufnehmen wollten.“

allernotwendigste Saatgetreide gelassen.“⁷⁹ Als Anfang Mai bekannt wurde, dass die letzten Milchkühe requiriert werden sollten⁸⁰ und der Schulunterricht nur noch bis zum 11. Lebensjahr erteilt werden dürfe⁸¹, war Hentig empört. Immerhin erreichte er bei Manstein „die sofortige Rückgängigmachung der Ablieferung der Milchkühe“, einer der ganz wenigen greifbaren Erfolge der VAA-Tätigkeit überhaupt⁸².

Die Willkür der Strafjustiz und Brutalität der Partisanenbekämpfung waren weitere entscheidende Bausteine der deutschen Schreckensherrschaft, die Hentig kritisierte. Angewidert schilderte er die Jagd einiger Soldaten auf einen „wegen Beleidigung der Wehrmacht“ angeklagten Jugendlichen, der „schliesslich durch über 1 Dutzend Einzelschüsse zu Boden gestreckt und dann neben einigen Mistbeeten verscharrt wurde“⁸³. Neben einer „gerechten Behandlung der Bevölkerung“ forderte er nun verstärkt auch „die strengste Einhaltung der Kriegsregeln“⁸⁴. Dass nicht allein überführte Partisanen – wobei Hentig bemerkte, dass eine Bestimmung des Begriffs „Partisanen“ nie erfolgt sei⁸⁵ –, sondern auch deren Angehörige und im Hinterland aufgegriffene Rotarmisten, etwa Fallschirmjäger, unterschiedslos erschossen wurden, hielt er für ebenso fatal wie rechtswidrig. „Es wird ausnahmslos kurzer Prozess gemacht und dies trotzdem, obwohl das natürliche Rechtsgefühl den Ausführenden der Feldgendarmarie oder G.F.P. [Geheimen Feldpolizei] sagt, dass dieses Verfahren nicht richtig ist.“ In diesem Zusammenhang kam Hentig auch wieder auf die Judenmorde zurück, die er für die grausamen sowjetischen Vergeltungsmaßnahmen bei der Gegenoffensive im Winter mitverantwortlich machte⁸⁶. Der VAA empfahl dringend, „mit Rücksicht auf die fechtende Truppe, aber auch [auf] unsere gesamte Stellung“ rechtliche Verfahrenswege einzuhalten und den weitgehend verlorenen „Glauben an die Gerechtigkeit der Wehrmacht“ wiederherzustellen.

⁷⁹ Bericht Hentigs Nr. 286 „Agrarordnung“, 16. 4. 1942, in: PA-AA, R 60740.

⁸⁰ Bericht Nr. 305, 5. 5. 1942, in: Ebenda. Die Milchkühe „stehen durchweg im Besitz ganz armer, meist kinderreicher Familien, die in der Milch nicht etwa einen Zuschuss zu ihrer Ernährung, sondern in ihr vielfach überhaupt die einzige Ernährungsmöglichkeit sehen.“

⁸¹ Ebenda, und Bericht Nr. 17/42 geh., 1. 5. 1942, in: Ebenda. „Das mindeste wäre, dass wir, wo wir den befreiten Völkern sonst nichts zu bieten in der Lage sind, ihnen kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten geben und der Begründung eines eigenen Schulwesens keine Schwierigkeiten bereiten.“

⁸² Bericht Nr. 306, in: Ebenda. Dabei wurde er vom Ic/Hw.-Offizier und der Abwehr II unterstützt. Allmählich erkannte auch das AOK 11, dass die Bevölkerung der vollständig ausgeplünderten Krim mit deutscher Hilfe versorgt werden müsse, wenn sie „arbeitswillig“ und „zuverlässig“ bleiben solle. Vgl. etwa den Bericht Generalmajor Nagels über einen Besuch in Simferopol, 19. 6. 1942, in: BA-MA, RW 19/555: „Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe tritt der OB [Manstein] nachdrücklich für die Ernährung aller Zivilisten ein.“

⁸³ Bericht Hentigs Nr. 305, 5. 5. 1942, in: PA-AA, R 60740.

⁸⁴ Bericht Nr. 327, 22. 5. 1942, in: Ebenda.

⁸⁵ Ebenda. Vgl. auch den Hinweis: „Unter den Partisanen, die immerhin militärisch organisiert und geführt sind, befinden sich nicht selten reguläre Soldaten in Uniform.“

⁸⁶ „Aus dem Zeugnis von 7 in Feodosia trotz Nackenschüsse geretteten Verwundeten wissen wir, dass die Russen nach der Rückeroberung Feodosias die in den Lazaretten gebliebenen Verwundeten und Ärzte sowie Geistlichen auf Aussagen der Ortseinwohner und Lazarettgehilfen anständig behandelten, dass sie aber nach Aufdeckung der jüdischen Massengräber die hilflosen Lazarettinsassen – einschliesslich ihrer eigenen Leute – aufs viehischste verstümmelten und ermordeten.“ Zu diesem Massaker der Roten Armee am 29. 12. 1941 vgl. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München ³1980, S. 308–317.

Nach der Eroberung von Sevastopol' fasste Hentig seine ganze Kritik an dem verheerenden Vorgehen der 11. Armee und anderer deutscher Dienststellen auf der Krim wie überhaupt im Ostkrieg in dem eingangs zitierten Bericht zusammen. Auch in den letzten Wochen seiner VAA-Tätigkeit standen die Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht im Mittelpunkt seiner Berichterstattung. So notierte er am 16. Juli 1942 in einer Aufzeichnung für das Armeeoberkommando „eine Reihe von Zwischenfällen“, die der von ihm begrüßten Aufhebung des „Kommissarbefehls“ die Wirkung nahmen⁸⁷. Nach wie vor würden Kommissare dem Sicherheitsdienst „überstellt“, was „aber zugegebenermaßen Erschiessung“ bedeute, kriegsgefangene Juden sofort ermordet, in den Durchgangslagern der Armee „Gefangene willkürlich mißhandelt und entgegen den gemachten Zusagen doch erschossen“. Hentig hatte den Eindruck, „daß die Aufsichtspersonen wohl die Vorschriften kennen, aber annehmen, sie seien nur für die Öffentlichkeit und für Fremde bestimmt, nicht aber ernst gemeint“⁸⁸. Seine Anklage war scharf: Dieses Vorgehen erschüttere „vollkommen den Ruf der Armee“ und sei „in keiner Weise sittlich und politisch zu rechtfertigen“. Als sich der Kommandant des rückwärtigen Armeegebiets solche Vorwürfe verbat⁸⁹, konterte Hentig, es sei die Aufgabe des VAA, „Völkerrechtsverletzungen zu behandeln“, also auch die eigenen, und außerdem habe er Misshandlungen von Gefangenen selbst gesehen⁹⁰. Sein Unverständnis über die dauernde Missachtung des kämpfenden und gefangenen Rotarmisten ließ Hentig sogar gegen einen Artikel von Goebbels Stellung beziehen⁹¹. Statt der hämischen Propaganda vom „Untermenschen“ empfahl er, die „Größe des Gegners“ anzuerkennen und „dem russischen Soldaten, Kommandeur und Kommissar, ja auch den bei uns stets mit ‚Flintenweibern‘ bezeichneten Frauen Gerechtigkeit angedeihen“ zu lassen.

Die Besatzungswirklichkeit auf der Krim, die von einer gleichermaßen kurzfristigen wie kurzschichtigen Ausbeutung des Landes durch die 11. Armee geprägt war, wurde nur noch von den verbrecherischen Germanisierungsplänen Hitlers und seiner Umgebung übertroffen. Auch mit ihnen wurde der VAA noch konfrontiert. Am 3. Juli 1942, kurz vor dem Fall Sevastopol's, wurde dem Armeeoberkommando 11 von der Heeresgruppe Süd mitgeteilt, auf „Führerbefehl seien *sofort* ‚alle Russen, Armenier und sonstigen Bolschewisten‘ von der Krim zu entfernen. Es blieben auf ihr nur noch Tataren und Volksdeutsche.“⁹² Manstein

⁸⁷ Aufzeichnung Hentigs, 16. 7. 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2.

⁸⁸ So habe der Lagerkommandant von Toule erklärt, „die Vorschriften zu kennen, aber auch zu wissen, wie er sie anzuwenden habe“.

⁸⁹ Aufzeichnung von Generalmajor Doehla (Korück 553, Qu./O.D., Nr. 680/42 geh.), 27. 7. 1942, in: Ebenda, Bd. 1.

⁹⁰ Undatierte Aufzeichnung Hentigs, in: Ebenda.

⁹¹ Bericht Hentigs Nr. 366 „Die Widerstandskraft des Russen“, 1. 8. 1942, in: PA-AA, R 60741. Er bezog sich dabei u. a. auf einen Goebbels-Artikel im „Reich“ vom 19. 7. 1942 und merkte dazu sarkastisch an: „Nur Tiere vor sich zu haben und ihnen so manches Mal gar nicht einmal überlegen sein zu können, ist ja auch für den deutschen Soldaten nicht besonders ehrenvoll.“ Goebbels seinerseits war verärgert, dass einzelne Offiziere der 11. Armee öffentlich die Tapferkeit der sowjetischen Truppen betont hatten. Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich, Teil II: Diktate 1941–1945, Bd. 5: Juli–September 1942, bearb. v. Angela Stüber, München [u. a.] 1995, S. 73–85 (7. 7.–9. 7. 1942).

⁹² AOK 11, Kriegstagebuch O.Qu., 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/422. Betroffen waren damit ca. 700 000 der noch ca. 900 000 auf der Krim lebenden Zivilisten.

protestierte umgehend gegen eine Entvölkerung der Krim und verwies auf die katastrophalen wirtschaftlichen wie – wegen der gesteigerten Partisanengefahr – militärischen Folgen⁹³. Er hielt „die Aussiedlung praktisch nur in der Form für durchführbar, dass entsprechend der Zuführung von [deutschen] Neusiedlern überraschend einzelne Ortschaften usw. geräumt werden“. Zur Erleichterung des Armeeoberkommandos wurde der Befehl noch in der kommenden Nacht zurückgezogen und statt dessen angeordnet, „dass zunächst das ‚Großstadtgesindel‘ vom S.D. entfernt werde“⁹⁴. Einige Tage später folgte ein entsprechender Erlass Keitels, dass Hitler „die Absicht geäußert“ habe, „die Halbinsel Krim, sobald die weitere Entwicklung der Lage es erlaubt, von den dort ansässigen Russen und Ukrainern zu räumen. [...] Zunächst werden die aktiven bolschewistischen Elemente und das Großstadtgesindel durch den SD beseitigt. Außerdem ist die Anwerbung von Arbeitern mit allem Nachdruck durchzuführen.“⁹⁵

Hentig erfuhr erst verspätet von diesen Plänen, was ein Schlaglicht auf die schwache Stellung eines VAA wirft. Als er Ende Juli 1942 das Gerücht hörte, dass „eine Aussiedlung grosser Teile der Bevölkerung“ vorbereitet werden sollte, warnte er „auf das dringendste“ vor „den außerordentlich schweren Folgen, die sich schon aus einem Gerücht, ganz bestimmt aber aus den entsprechenden Maßnahmen ergeben“⁹⁶. Am 2. August wurde ihm der Wortlaut Keitels bekannt gegeben. Hentig zeigte sich von Hitlers Absicht entsetzt⁹⁷: „Zunächst werden von ihr nicht nur Hunderttausende von Menschenschicksalen betroffen, sondern sie greift auch weit in unser Verhältnis zu Russen und Ukrainern, aber auch zu den übrigen Völkern Rußlands und des Vorderen Orients ein.“ Außerdem gebe es auf der Krim höchstens einzelne „Bolschewisten“, keine Großstädte und eine dezimierte städtische Bevölkerung. „Von Großstadtgesindel kann gerade bei dieser außerordentlich mitgenommenen, verschüchterten, meist aus Mangel an Abzugsmöglichkeiten zurückgebliebenen Bevölkerung nicht gesprochen werden.“ Ebenso entschieden wandte er sich gegen die Abbeförderung von Zwangsarbeitern⁹⁸: „Um das Land in Betrieb zu halten und erst recht um es wieder aufzubauen, bedarf es wenigstens 1 Million gut ernährter Menschen. Die besseren Kräfte jetzt abzubefördern und damit schon kultivierte Gegenden wieder zur Steppe werden zu lassen, bedeutet aber eine unerträgliche Erschwernis der Aufgaben unserer künftigen Verwaltung, von den außenpolitischen Wirkungen, auf die

⁹³ Aufzeichnung Mansteins (AOK 11, Ia, Nr. 2906/42 geh.Kdos.), 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/424.

⁹⁴ AOK 11, Kriegstagebuch O.Qu., 3. 7. 1942, in: BA-MA, RH 20-11/422. „Das A.O.K. hat also zunächst mit der Räumung der Krim nichts zu tun.“

⁹⁵ Erlass Keitels (OKW/WFSt/Qu. II, Nr. 2303/42 geh.Kdos.) „Aussiedlung aus der Krim“, 12. 7. 1942, in: PA-AA, Nachlass Hentig, Bd. 2. „Ferner sind für eine etwaige spätere Räumung die notwendigen *Vorbereitungen* zu treffen [...]“ Volksdeutsche, Tataren, Bulgaren, Griechen, Armenier und Turkvölker sollten „vorläufig“ ausgenommen werden, „soweit sie nicht zu den aktiven bolschewistischen Elementen gehören“.

⁹⁶ Bericht Hentigs Nr. 366, 31. 7. 1942, in: Ebenda. „Ich dürfte vielleicht gar nicht darauf hinweisen, möchte aber doch nicht unterlassen zu sagen, daß es sich nicht um örtliche Maßnahmen, russische oder Ostinteressen, sondern um solche des gesamten deutschen Volkes und seiner weiterkämpfenden Söhne handelt.“

⁹⁷ Bericht Nr. 368, 2. 8. 1942, in: Ebenda.

⁹⁸ Bericht Nr. 369 „Zwangsanwerbung von Arbeitskräften in der Krim“, 3. 8. 1942, in: Ebenda, Bd. 1.

ich zwar pflichtgemäß sehe, aber aus diesem Grunde nicht hinzuweisen brauche, ganz abgesehen.“

Auch wenn die nationalsozialistischen Umsiedlungspläne wegen der Kriegsergebnisse nicht mehr verwirklicht werden konnten, blieb die Lage besonders der nichttatarischen Bevölkerung auf der Krim bis zum Ende der deutschen Besatzung äußerst gedrückt. Hentig erlebte den weiteren Verlauf dieser Jahre deutschen Terrors, die ein hoffnungsloses Zwischenspiel in den Jahrzehnten sowjetischen Terrors bildeten, nicht mehr als Beobachter vor Ort. Weil das Armeeoberkommando 11 nach der vollständigen Eroberung der Krim aufgelöst werden sollte, kehrte Hentig bereits Mitte August 1942 nach Berlin zurück und wartete auf eine neue Aufgabe⁹⁹. Zunächst war er für eine andere VAA-Stelle an der Ostfront vorgesehen, aber dann schreckte das Auswärtige Amt doch davor zurück, solch einen unangenehmen Mahner weiter als offiziellen Vertreter in diesen heiklen Raum zu entsenden. Denn auch in Berlin zögerte Hentig nicht, die Besatzungspolitik im Osten scharf anzugreifen. Am 29. Oktober 1942 beschrieb er als Resümee seiner Erfahrungen die schwere Enttäuschung der sowjetischen Zivilbevölkerung¹⁰⁰: „Für den Russen musste der Nationalsozialismus das System werden, das alles für sich selbst in Anspruch nahm ohne den Lebensvoraussetzungen anderer Völker gerecht zu werden.“ Die deutsche Besetzung habe „nur Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, weitere Sorgen und Beunruhigung mit sich gebracht“. Erneut forderte Hentig eine vollständige Wende der Ostpolitik, um nicht nur kleine bevorzugte Minderheiten, sondern die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion zu gewinnen¹⁰¹. Darin sah er eine „zwingende Notwendigkeit“, „weil wir weder dem deutschen Infanteristen, noch dem deutschen Arbeiter und der deutschen Frau auf unabsehbare Zeit eine Anspannung in der bisherigen Form zumuten dürfen, ohne uns der Gefahr eines ganz plötzlichen Versagens der überspannten Kräfte auszusetzen“.

Eine solche Haltung schien den ängstlichen Beamten der Wilhelmstraße nicht länger tragbar. Hentig blieb bis zum Kriegsende als Diplomat kaltgestellt und musste am Ende froh sein, dass ihm der Ruf „politischer Unzuverlässigkeit“¹⁰² und die Verbindungen zu den Verschwörern des 20. Juli nicht zum Verhängnis wurden. Und auch nach dem Krieg war er den vielen Mitläufern im Auswärtigen Amt unbequem, besonders nachdem er sich demonstrativ geweigert hatte, in Nürnberg für seinen ehemaligen Vorgesetzten, den Staatssekretär a.D. Ernst Freiherr von Weizsäcker auszusagen¹⁰³. Hentig wurde bei der Wiedereinrichtung des Auswärtigen Dienstes zunächst übergangen und dann auf den unbeliebten Bot-

⁹⁹ Vgl. die Aktennotiz Rantzaus, 26. 8. 1942, in: PA-AA, R 60741.

¹⁰⁰ Aufzeichnung Hentigs, 29. 10. 1942, in: Ebenda.

¹⁰¹ Vor allem müsse „klar verlautbart werden, daß er [der Russe] nicht unfreier als irgend ein anderes Mitglied der europäischen Gemeinschaft auf seinem Boden sitzen wird“. Auch sprach sich Hentig trotz seiner Sympathie für die Muslime eindeutig gegen „Bevorzugung und Ausspielen der Bevölkerungssteile untereinander“ aus.

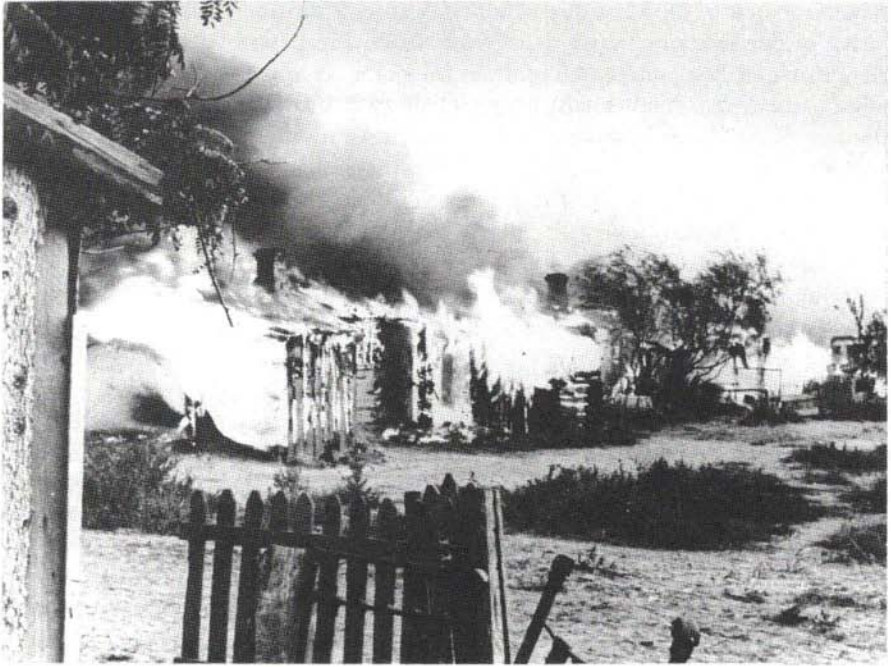
¹⁰² Hentig, *Leben*, S. 356f., behauptet, es sei auf diesen Ruf sowie auf eine Auseinandersetzung mit Otto Ohlendorf, dem Leiter der Einsatzgruppe D, zurückzuführen, dass er seine VAA-Stellung verloren habe.

¹⁰³ Vgl. Döschel, *Gesellschaft*, S. 249–251. Bei Folgendem muss auch berücksichtigt werden, dass Hentig nahe an der Pensionsgrenze stand und außerdem nicht zu Unrecht als „schwierig“ galt. Doch das waren gewiss nicht die einzigen Gründe seiner Zurücksetzung.

schafterposten in Djakarta abgeschoben, während jüngere Diplomaten, die sich zuvor in der Diktatur besser den Verhältnissen angepasst hatten, teilweise Karriere machten. Wo andere sich in ihren Memoiren eine Opposition zum NS-Regime andichteten, blieb Hentig erstaunlich zurückhaltend. So wird etwa seine unmissverständliche, ja scharfe und vor allem – ein seltener Fall – in den Akten nachweisbare Kritik an der deutschen Terrorherrschaft in der besetzten Sowjetunion in seinen Lebenserinnerungen nur angedeutet und abgemildert¹⁰⁴. Das Understatement diene offenbar dazu, das eigene Land und seine Streitkräfte nicht zu stark zu belasten.

Denn die Berichte Hentigs aus der Ukraine und mehr noch von der Krim lesen sich wie ein Kronzeugnis der deutschen Verbrechen. Zugleich sind sie Dokumente der Ohnmacht. Das Auswärtige Amt und seine Vertreter an der Ostfront konnten auf die politisch richtungweisenden Vorgänge in den besetzten sowjetischen Gebieten keinen Einfluss nehmen. Selbst der ranghöchste, erfahrenste und selbstbewussteste Diplomat unter allen VAAs bewirkte so gut wie nichts. Seine kritische Berichterstattung wurde von der Wehrmacht ignoriert und in der Wilhelmstraße mit resigniertem Achselzucken zu den Akten genommen. Auch der einzige ernst zu nehmende Versuch einer eigenständigen Ostdiplomatie scheiterte kläglich. Das Projekt, an die Nationalitäten- und Randstaatenpolitik des Ersten Weltkriegs anzuknüpfen und durch ein Bündnis mit Separatisten die Abspaltung der nichtrussischen Völker von Großrussland zu erreichen, konnte sogar von Rosenberg abgewürgt werden. Hentig wollte die turanische Frage zu diesem Zweck instrumentalisieren, kam aber weder in Berlin noch in Simferopol' wesentlich über konzeptionelle Papiere hinaus. Zwar wurden die Krimtataren im Interesse der Wehrmacht bevorzugt, doch war eine konstruktive Besatzungspolitik gegen den militärischen Utilitarismus („Leben aus dem Lande“) und nationalsozialistischen Rassenwahn („Lebensraum im Osten“) nicht durchzusetzen. So sind die Nachrichten Hentigs aus dem „Zweiten Krimkrieg“ vor allem das höchst seltene Beispiel der klaren und wiederholten Opposition eines amtlichen deutschen Vertreters gegen alle großen Verbrechenskomplexe des Vernichtungskriegs: gegen die Misshandlung bzw. Ermordung von Kriegsgefangenen und Kommissaren, die Aushungerung und Knechtung der Bevölkerung, die unterschiedslose Partisanenbekämpfung und den Völkermord an den sowjetischen Juden. Dieses Zeugnis eines kritischen, oft entsetzten Beobachters verleiht der kurzen Tätigkeit Hentigs auf der Krim über die geringe Rolle seines Amtes hinaus eine nachträgliche Bedeutung.

¹⁰⁴ Hentig, *Leben*, S. 353, beließ es weitgehend bei der Bemerkung: „Zur Feststellung russischer Rechtsverletzungen kamen, was von meiner vorgesetzten Stelle anscheinend zunächst nicht bedacht war, solche von unserer Seite, weil derartige Rechtsverletzungen sich ja häufig gegenseitig bedingten.“



Brennendes sowjetisches Dorf

(Quelle: Bundesarchiv Bild 146-1991-015-35A)